Bevölkerungsforschung *Aktuell*

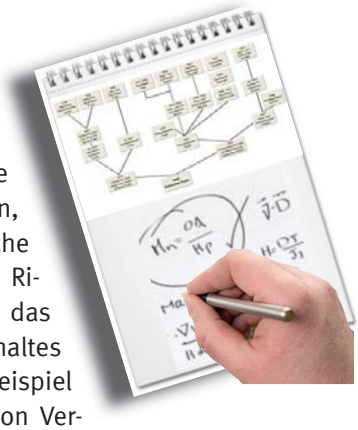
Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 3 • 2014
35. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,
die demografische Forschung beschäftigt sich neben der gegenwärtigen Bevölkerungsentwicklung vor allem auch mit der Frage, wie sich die demografische Situation in der Zukunft verändern wird. Mithilfe von Bevölkerungsvorausberechnungen, die im Wesentlichen auf Annahmen über die künftige Geburtenentwicklung, die Veränderung der Lebenserwartung der Menschen und den Wanderungsbewegungen beruhen, wird auf der Basis der heutigen Erkenntnisse berechnet, mit welchen Änderungen zu rechnen ist. Dabei spielen die Berechnungen auch für politische Entscheidungen eine wichtige Rolle – beispielsweise bei der Frage, wie die Pflege im Zuge steigender Lebenserwartung und schrumpfender Bevölkerungszahlen künftig institutionell organisiert werden muss, um ein gewisses Niveau beibehalten zu können. Ein niedriges Geburtenniveau in Verbindung mit einer steigenden Lebenserwartung verändert zudem auch die Situation in den Familien, so dass das Vorhandensein von Verwandten künftig eine wichtigere Rolle spielen wird, wenn es zum Beispiel um die Frage der Versorgung von Pflegebedürftigen geht. Wie sich der demografische Wandel in Zukunft auf diese Entwicklungen in Familie und Verwandtschaft auswirken wird, ist bisher in der Forschung kaum beachtet worden. Daher beschäftigt sich Christian Dudel in seinem Beitrag mit der Vorausberechnung von Verwandtschaft. Mit seinen Berechnungen möchte er ermitteln, ob auch in Zukunft zum Beispiel die Pflege durch Kinder und Enkelkinder sichergestellt werden kann oder ob ein stärkerer Ausbau der Infrastruktur nötig ist.

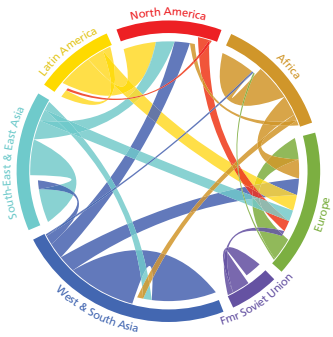
Prof. Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des BiB

Mehr oder weniger Verwandte? – Der Einfluss des demografischen Wandels auf die zukünftige Entwicklung linearer Verwandtschaft



Welche Folgen wird der demografische Wandel für die Entwicklung verwandtschaftlicher Beziehungen in der Familie haben? Bei einer Veränderung der verwandtschaftlichen Konstellationen muss nämlich auch von Konsequenzen für andere gesellschaftliche Strukturen ausgegangen werden, da in Deutschland familiale und verwandtschaftliche Netzwerke in Verbindung mit der Absicherung von Risiken durch die Sozialversicherungssysteme für das Funktionieren des gesellschaftlichen Zusammenhaltes zentrale Bedeutung haben. Deutlich wird dies am Beispiel der Pflege, die in nicht unerheblichem Umfang von Verwandten geleistet wird. Hier würden sich Veränderungen somit direkt bemerkbar machen. Der Beitrag untersucht daher mit einem eigens entwickelten Vorausberechnungsmodell für lineare Verwandtschaftsbeziehungen, wie sich die gemeinsam geteilte Lebenszeit von Generationen und die verwandtschaftlichen Unterstützungspotenziale für die Pflege Älterer in Zukunft entwickeln werden. Dabei zeigt sich, dass sich die geteilte Lebenszeit künftig kaum verändern wird. Im Bereich der Pflege werden verwandtschaftliche Potenziale voraussichtlich erwartungsgemäß abnehmen – allerdings nicht so stark wie bisher vermutet. ➡ *Seite 2*

Deutschland in Bewegung? – Neue Daten und Erkenntnisse zur globalen Migration und zur deutschen Binnenwanderung



In der öffentlichen Diskussion in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft spielt das Thema Zuwanderung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gegenwärtig eine wichtige Rolle. Dabei werden allerdings vor allem die Wanderungsströme von und nach Deutschland fokussiert. Anhand von Schätzungen der globalen Migrationsströme zeigt der Beitrag, wie wichtig es ist, die Debatte zur Zuwanderung in einen internationalen Kontext zu stellen. Die Zunahme der Zuwanderung zwischen 2009 und 2013 basiert nämlich nicht in erster Linie auf vermehrten Zuzügen aus Südeuropa, sondern aus einem Anstieg der Migration aus Polen und den Ländern der ehem. Sowjetunion. Im zweiten Teil des Artikels werden Ergebnisse einer neuen Studie zu Binnenwanderungen in Deutschland vorgestellt, die den starken Einfluss von Stadt-Umland-Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung belegen, während der Einfluss der Ost-West-Wanderungen nur noch gering ist. ➡ *Seite 8*

Christian Dudel (Ruhr-Universität Bochum)

Mehr oder weniger Verwandte? – Der Einfluss des demografischen Wandels auf die zukünftige Entwicklung linearer Verwandtschaft

Nahe Verwandte wie beispielsweise die eigenen Eltern und Kinder spielen in vielerlei Hinsicht eine wichtige Rolle im alltäglichen Leben. Dies gilt für den gesamten Lebensverlauf und gewinnt beispielsweise bei der Betreuung pflegebedürftiger Verwandter handfeste Bedeutung. Wie sich das Vorhandensein naher Verwandter in Zukunft im Kontext des demografischen Wandels – steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenzahlen – entwickelt, ist somit von großer gesellschaftlicher Bedeutung.

Allerdings lagen bis zuletzt keine aktuellen, umfassenden Vorausberechnungen vor, die sich dieser Fragestellung für Deutschland annahmen. Der vorliegende Beitrag versucht diese Lücke zu schließen. Hier werden ausgewählte Ergebnisse einer Vorausberechnung des Vorhandenseins linearer Verwandtschaft bis zum Jahre 2060 vorgestellt, deren Details bei Dudel (2014) beschrieben sind. Dabei sind unter linearer Verwandtschaft direkte Vorfahren und direkte Nachfahren zu verstehen. Direkte Vorfahren umfassen beispielsweise Eltern und Großeltern, während zu direkten Nachfahren zum Beispiel Kinder und Enkelkinder gezählt werden. Das Vorhandensein dieser Verwandten wird aus einer statistischen Perspektive beleuchtet und zum Beispiel untersucht, wie sich in Zukunft die Wahrscheinlichkeit dafür ändern wird, dass die Eltern oder Großeltern einer Person in einem bestimmten Alter noch leben. Ein weiteres Beispiel ist die Entwicklung der durchschnittlichen Anzahl an Kindern und Enkelkindern, die Männer und Frauen in bestimmten Altern aufweisen.

Mit den Ergebnissen einer solchen Vorausberechnung können etliche weitergehende Fragen beantwortet werden. Beispielsweise kann untersucht werden, wie sich die geteilte Lebenszeit von Generationen entwickeln wird. Hiermit ist zum Beispiel gemeint, wie lange Großeltern und Enkelkinder zeitgleich leben und sich gegenseitig erleben können. In der Literatur findet sich des öfteren die Überlegung, dass die geteilte Lebenszeit aufgrund der steigenden Lebenserwartung zunehmen werde, da hierdurch Vorfahren wie die Großeltern länger leben. Auf den ersten Blick mag diese Argumentation zwar überzeugend wirken, allerdings lässt sie die Entwicklung des Alters von Eltern bei der Geburt eines Kindes außer Acht. Wenn die Lebenserwartung steigt, zeitgleich aber das Alter bei der Geburt ebenfalls zunimmt, dann können sich die Effekte auf die geteilte Lebenszeit gegenseitig aufheben und sie bleibt unverändert (s. auch Murphy et al. 2006: 220). Somit lässt sich der Einfluss des demographischen Wandels auf die geteilte Lebenszeit nicht ohne weiteres ermitteln und konkrete Berechnungen sind für seine Bestimmung notwendig.

Ein weiteres, bereits kurz angedeutetes Beispiel ist die Betreuung pflegebedürftiger Verwandter. So wurden laut amtlicher Pflegestatistik im Jahr 2011 etwa 1,2 Millionen der insgesamt 2,5 Millionen Pflegebedürftigen ausschließlich durch Angehörige versorgt. Ein weiterer Teil der Pflegebedürftigen wurde zusammen von ambulanten Pflegediensten und Angehörigen gepflegt. Mithin sind Angehörige für die Betreuung von mehr als der Hälfte der Pflegebedürftigen von Bedeutung. Schneekloth (2006: 408) merkte hierzu treffend an: „Der ‚größte Pflegedienst in Deutschland' ist und bleibt die Familie." Zwar ist der Begriff der „Angehörigen" in der Pflegestatistik weit gefasst und umschließt neben nahen Verwandten beispielsweise auch Freunde und Nachbarn, allerdings spielen lineare Verwandte wie insbesondere Kinder und in geringerem Umfang auch Enkelkinder eine wichti-

Informationen zum Buch

Der Text dieses Artikels basiert auf dem Buch:
Christian Dudel (2014): Vorausberechnung von Verwandtschaft.
Wie sich die gemeinsame Lebenszeit von Kindern, Eltern und Großeltern zukünftig entwickelt.
Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 45.
Der Band erscheint im Verlag Barbara Budrich, Opladen.
Weitere Informationen unter:
http://www.budrich-verlag.de/pages/frameset/reload.php?TODO=warenkorb&ID=1009&_requested_page=%2Fpages%2Fdetails.php

ge Rolle: Bei etwas über 40 % der Fälle, bei denen die Betreuung durch Angehörige erfolgt, übernehmen Kinder die Betreuung ganz oder in Teilen (vgl. Blome et al. 2008: 207; s. auch TNS Infratest 2011). Über eine Vorausberechnung linearer Verwandtschaft kann dann ermittelt werden, ob auch in Zukunft noch im gleichen Umfang Pflege durch Kinder und Enkelkinder erfolgen kann.

Zukünftige demografische Entwicklung

Wie bei allen demographischen Vorausberechnungen müssen Annahmen getroffen werden über die zukünftige Entwicklung der demografischen Komponenten (Geburten, Sterblichkeit, Wanderungen). Dabei ist die zukünftige Entwicklung immer unsicher und kann nicht verlässlich prognostiziert werden. Ein übliches Vorgehen zur Lösung dieses Problems besteht darin, eine kleine Anzahl sogenannter Szenarien zu bilden. Jedes Szenario besteht dabei aus spezifischen Annahmen über die zukünftige Entwicklung der demografischen Komponenten. Beispielsweise könnte ein Szenario auf den Annahmen basieren, dass die Geburtenhäufigkeit gleich bleibt, die Lebenserwartung bis zu einem bestimmten in der Zukunft liegenden Jahr auf einen bestimmten Wert steigt und Wanderungen im selben Umfang stattfinden wie zum Zeitpunkt der Durchführung der Vorausberechnung. Weitere Szenarien würden für einen Teil oder alle der Komponenten von anderen Ausnahmen ausgehen.

Ausgehend von den Szenarien können dann mehrere zukünftige Entwicklungsverläufe der Zahl der Verwandten (oder des Bevölkerungsumfangs oder ähnlicher Größen) berechnet werden und man erhält nicht nur ein Ergebnis, sondern mehrere, aus denen man einen Ergebniskorridor bilden kann. Dabei weist dieses Vorgehen aber etliche Schwierigkeiten auf (für einen Überblick s. Dudel 2014: Kapitel 4 und 5). Mit am problematischsten dürfte sein, dass die Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung mit diesem Vorgehen nicht wirklich erfasst werden kann. Es stellt sich nämlich erstens die Frage, wie wahrscheinlich das Auftreten der einzelnen Szenarien jeweils ist. Hierfür können höchstens subjektive Einschätzungen gegeben werden. Zweitens deckt die übliche kleine Zahl an Szenarien nicht alle prinzipiell denkbaren Entwicklungsverläufe ab und es werden lediglich einige wenige herausgegriffen. Insgesamt kann also keine Antwort auf die Frage gegeben werden, wie wahrscheinlich es ist, dass eine interessierende Größe (beispielsweise die Kinderzahl) zwischen dem höchsten und dem niedrigsten vorausberechneten Wert liegt (vgl. Lutz & Scherbov 1998: 84). Wenn nun zum Beispiel die Ergebnisse einiger oder aller Szenarien auf eine wie auch immer geartete negative Entwicklung hindeuten würden, wäre unklar, ob diese Entwicklung eher unwahrscheinlich ist und nicht beachtet werden muss, oder aber ob die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens sehr hoch und Gegenmaßnahmen angemessen erscheinen.

In der Literatur finden sich einige Vorschläge, wie dieser Problematik begegnet werden kann. Im Weiteren wird ein Ansatz aufgegriffen, der von Keyfitz (1985, 1989) und Denton et al. (2005) vorgeschlagen wurde (s. auch Dudel 2014: Kapitel 8). Die grundlegende Idee bei diesem Ansatz ist, dass die Entwicklung der demografischen Komponenten in der Vergangenheit Informationen zur zukünftigen Entwicklung liefert. Wenn beispielsweise die Lebenserwartung zwischen zwei in der Vergangenheit liegenden Jahren um einen bestimmten Wert gestiegen ist, dann sind entsprechende Veränderungen in der Zukunft ebenfalls nicht unplausibel.

Genauer wird wie folgt vorgegangen: Aus den in der Vergangenheit aufgetretenen jährlichen Veränderungen der demografischen Komponenten wird zufällig gezogen. Die so ausgewählten Veränderungen werden jeweils an die Zeitreihen der Komponenten angelegt und diese so fortgeschrieben. Hieraus resultiert eine zufällige Fortschreibung, die der oben genannten Überlegung folgt. Es wird nicht nur eine zufällige Fortschreibung vorgenommen, sondern insgesamt 1.000 und dies jeweils für die einzelnen Komponenten, wobei jeweils noch zwischen Männern und Frauen und West- und Ostdeutschland unterschieden wird. Somit hat man zum Beispiel 1.000 zufällige Vorausberechnungen der Lebenserwartung ostdeutscher Frauen. Diese 1.000 Fortschreibungen müssen nicht einzeln ausgewertet, sondern können zusammengefasst betrachtet werden. Hierfür wird zum einen der Median über die einzelnen Jahre der Vorausberechnung verwendet, der eine Art mittlere Entwicklungstendenz wiedergibt. Daneben wird der Bereich betrachtet, in dem 90 % der Fortschreibungen liegen – also ein Bereich in dem die zukünftige Entwicklung mit einer großen Wahrscheinlichkeit liegen wird. Dieser wird im Weiteren als Vorausberechnungsintervall bezeichnet.

Die Resultate der zufälligen Vorausberechnung der Komponenten können zum einen genutzt werden, um

eine zufällige Vorausberechnung der Bevölkerungsgröße und -struktur vorzunehmen. Diese umfasst ebenfalls 1.000 zukünftige Verläufe, für die wieder der Median und das Vorausberechnungsintervall ermittelt werden können. Zum anderen können die Ergebnisse auch als Grundlage der Vorausberechnung von Verwandtschaft verwendet werden.

Vorausberechnung von Verwandtschaft

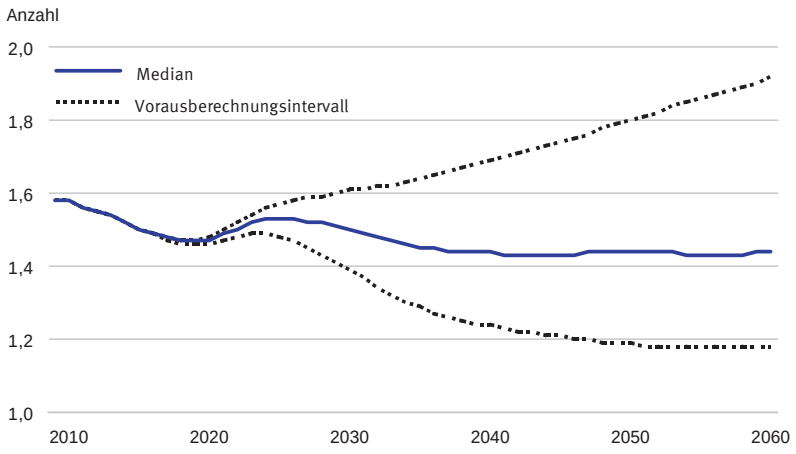
Zur Vorausberechnung von Verwandtschaft wurden in der Literatur bereits etliche unterschiedliche Methoden vorgeschlagen (für einen Überblick s. Dudel 2014: Kapitel 4). Jede dieser Methoden weist spezifische Vor- und Nachteile auf. Eine Schwäche, die allen bisher in der Literatur zu findenden Verfahren anhaftet, ist, dass die Unsicherheit der demografischen Entwicklung nicht berücksichtigt wird. Aus diesem Grunde wird auf einen eigens entwickelten Ansatz zurückgegriffen, der mit dem im vorausgegangenen Abschnitt beschriebenen Verfahren zur Berücksichtigung von Unsicherheit kombiniert werden kann. Dabei werden folgende Verwandte betrachtet: Großeltern, Eltern, Kinder und Enkelkinder.

Der Ansatz folgt einer einfachen Buchführungslogik, wie sie auch sonst bei Bevölkerungsvorausberechnungen verwendet wird. Möchte man beispielsweise bestimmen, wie hoch die durchschnittliche Kinderzahl ostdeutscher Männer im Alter von 70 Jahren ist, werden zunächst alle vorausgegangenen Lebensalter durchgegangen und für jedes Alter ermittelt, wie hoch die Geburtenhäufigkeit war. Anschließend wird ermittelt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass die geborenen Kinder noch leben, wenn der Vater das Alter von 70 Jahren erreicht hat. Auf der einen Seite werden also gewissermaßen „Zugänge“ betrachtet (Geburten von Kindern) und auf der anderen Seite „Abgänge“ (Sterbefälle von Kindern) (für Details s. Dudel 2014: Kapitel 5).

Auch wenn dieses Vorgehen auf den ersten Blick schlüssig erscheinen mag, basiert es im Detail doch auf etlichen Setzungen und Annahmen. Um zu überprüfen, inwieweit diese zu realistischen Resultaten führen, wurde der Ansatz zunächst angewendet, um eine Modellrechnung für das Jahr 2009 zu erzeugen. Für dieses Jahr liegen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) Vergleichsdaten aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage vor, bei der unter anderem auch erhoben wurde, wie viele Verwandte die befragten Personen haben. Aus dem Vergleich von Modellrechnung und Umfragedaten kann dann auf die Verlässlichkeit des Ansatzes geschlossen werden. Dabei zeigt sich für die betrachteten Nachfahren, dass der Ansatz insgesamt plausible Ergebnisse liefert. Bei Vorfahren zeigen sich teils zwar größere systematische Abweichungen zwischen Modellrechnung und Umfragedaten, allerdings gibt es Gründe anzunehmen, dass diese möglicherweise auf Schwächen des SOEP zurückzuführen sind. Insgesamt schneidet der Ansatz also gut ab. Für den Fall, dass die Resultate des SOEP doch als verlässlicher gelten können als die Modellrechnung, wurde zudem ein Korrekturansatz entwickelt, der die Ergebnisse der Modellrechnung an die des SOEP angleicht (wobei im Weiteren lediglich Ergebnisse ohne Korrektur vorgestellt werden; für Ergebnisse des Korrekturansatzes und Details des Vergleichs von Modellrechnung und SOEP s. Dudel 2014: Kapitel 7 u. Anhang F).

Kombiniert man den Ansatz zur Vorausberechnung von Verwandtschaft mit dem im vorausgegangenen Abschnitt beschriebenen Vorgehen zur Berücksichtigung von Unsicherheit, ergeben sich auch für die Verwandtschaft jeweils 1.000 Vorausberechnungen, die über den Median und das Vorausberechnungsintervall abermals zusammengefasst betrachtet werden können.

Abb.1: Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl westdeutscher Frauen im Alter von 50 Jahren zwischen 2009 und 2060



Datenquelle: Eigene Berechnungen

© BiB 2014

Ergebnisse

Mit dem beschriebenen Vorgehen ergeben sich bei einer Vorausberechnung der linearen Verwandtschaft umfangreiche Resultate, weshalb hier nur zwei Beispiele aufgegriffen seien (für weitergehende Resultate s. Dudel 2014: Kapitel 9 u. 10). Eingegangen wird zum einen auf die Kinderzahl westdeutscher Frauen und zum anderen auf Großeltern mütterlicherseits in Ostdeutschland.

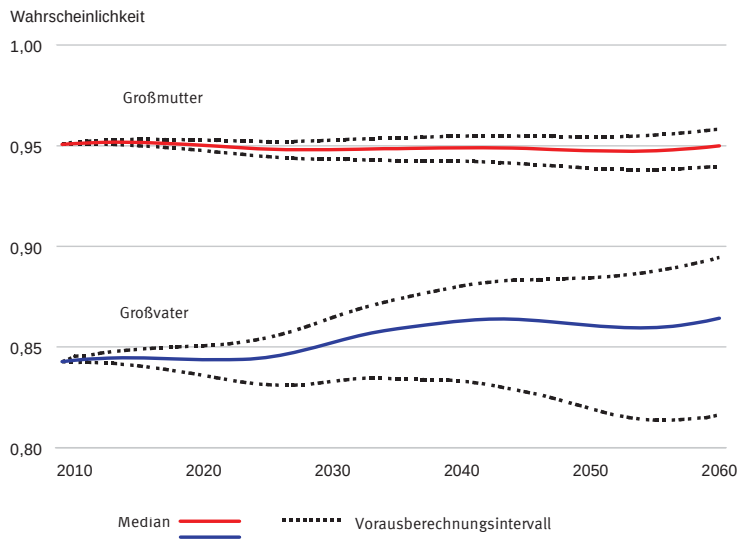
Die Entwicklung der durchschnittlichen Kinderzahl westdeutscher Frauen im Alter von 50 Jahren ist in Abbildung 1 dargestellt. Dieses Alter ist insofern von besonderer Bedeutung, als dass es das Ende der sogenannten reproduktiven Phase darstellt – nach diesem Alter finden kaum noch Geburten statt und die bis zu diesem Alter erreichte Kinderzahl entspricht im Wesentlichen der endgültigen Kinderzahl. Für das Ausgangsjahr der Vorausberechnung 2009 liegt die durchschnittliche Kinderzahl in diesem Alter bei etwas unter 1,6 Kindern. Für die folgenden Jahre der Vorausberechnung nimmt die Kinderzahl dann zunächst ab. Dabei ist für diese folgenden Jahre lediglich der Median der Vorausberechnungen eingezeichnet, da die Unsicherheit zunächst nur marginal ist. Ursache hierfür ist, dass für die betrachteten Frauen bereits ein Großteil der Geburten beobachtet wurde und nur noch wenige hinzukommen. Beispielsweise waren Frauen, die im Jahr 2015 im Alter von 50 sind, im Jahr 2009 im Alter von 44 Jahren. Bis 2009 und zu diesem Alter liegen aber Informationen vor und die Zahl der Geburten in den Altern von 44 bis 50 ist eher zu vernachlässigen.

Bis 2019 sinkt der Median auf einen Wert von etwas unter 1,5 Kindern, steigt bis 2025 auf etwas über 1,5 Kinder und pendelt sich langfristig bis 2060 auf einen Wert um 1,4 Kinder ein. Somit ist im Mittel der 1.000 durchgeführten Simulationen mit einer Abnahme der Geburtenhäufigkeit zu rechnen. Allerdings ist zu beachten, dass das Vorausberechnungsintervall nach dem Jahr 2020 schnell sehr breit wird. Für das Jahr 2060 reicht es von 1,2 bis 1,9. Somit ist die Kinderzahl langfristig nur sehr grob eingrenzbar und mit einer sehr großen Unsicherheit verbunden, auch wenn die mittlere Tendenz nach unten zeigt. Kurz- und mittelfristig lässt sie sich hingegen relativ genau bestimmen, zumindest für das betrachtete Alter von 50 Jahren – bei anderen Altern, auf die hier nicht eingegangen wird, kann die Entwicklung teils sicherer und teils nur ungenauer bestimmt werden.

Wie sich die Wahrscheinlichkeiten entwickeln, dass Großmutter und Großvater mütterlicherseits eines Neugeborenen kurz nach dessen Geburt noch leben, ist in Abbildung 2 zu sehen, wobei sich die Ergebnisse auf Ostdeutschland beziehen. Für das Ausgangsjahr der Vorausberechnung 2009 betragen die Wahrscheinlichkeiten 95 % (Großmutter) und 84 % (Großvater). Betrachtet man zunächst die zukünftige Entwicklung der Wahrscheinlichkeit bezogen auf die Großmutter, zeigen sich praktisch kaum Veränderungen. Der Median schwankt über den gesamten Zeitraum der Vorausberechnung minimal um den Ausgangswert von 95 %. Für das Jahr 2060 reicht das Vorausberechnungsintervall von 94 % bis 96 %, womit inhaltlich bedeutsame Änderungen der Wahrscheinlichkeit als sehr unsicher gelten können.

Beim Großvater steigt der Median langfristig leicht auf einen Wert von etwa 86 % an. Dabei ist zu beachten, dass das Vorausberechnungsintervall 2030 von 83 % bis 86 % und für das Jahr 2060 von 82 % bis 89 % reicht. Der Ausgangswert von 84 % ist also immer im Intervall enthalten und die untere Grenze des Intervalls liegt unter dem Ausgangswert. Somit kann der im Mittel feststellbare leichte Anstieg nicht als gesichert gelten und es ist

Abb.2: Wahrscheinlichkeit, dass Großmutter und -vater eines Neugeborenen mütterlicherseits kurz nach dessen Geburt noch leben (in Ostdeutschland, in %)



Datenquelle: Eigene Berechnungen

© BiB 2014

auch eine leichte Abnahme möglich. Insgesamt kann für die betrachteten Großeltern festgehalten werden, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie noch leben, sich sehr wahrscheinlich nicht oder nur geringfügig ändern wird. Ursache hierfür sind die bereits genannten, gegenläufigen Effekte des Anstieges der Lebenserwartung auf der einen Seite und des Anstieges des Alters bei der Geburt auf der anderen Seite.

Anwendungsbeispiele

Bezüglich der eingangs vorgestellten Anwendungsmöglichkeiten – geteilte Lebenszeit und Pflege durch Kinder – geben die bisher vorgestellten Ergebnisse bereits erste Hinweise auf die zukünftige Entwicklung. Um der Frage nach der geteilten Lebenszeit weiter nachzugehen, wurde untersucht, wie viele Lebensjahre junge Menschen durchschnittlich mit ihren Großeltern teilen, einmal in naher Zukunft und einmal in ferner Zukunft. Als „junge“ Alter wurden die Lebensalter von 0 bis 20 Jahren verwendet. Diese wurden betrachtet über den Zeitraum von 2009 bis 2029 (nahe Zukunft) und über den Zeitraum von 2040 bis 2060 (ferne Zukunft). Dabei wird das Alter von 0 Jahren für 2009 bzw. 2040 betrachtet, das Alter von 1 Jahr für 2010 bzw. 2041 etc., so dass gewissermaßen eine Lebenslaufsperspektive eingenommen wird. Die Ergebnisse können differenziert werden nach Großmutter und -vater, Großeltern mütterlicher- und väterlicherseits sowie West- und Ostdeutschland.

In allen Fällen zeigt sich ein sehr ähnliches Bild. Beispielsweise beträgt die durchschnittlich in Westdeutschland in jungen Altern mit der Großmutter mütterlicherseits geteilte Lebenszeit von 2009 bis 2029 gerundet etwa 17 Jahre und für den Zeitraum von 2040 bis 2060 gerundet ebenfalls ungefähr 17 Jahre. Die Differenz zwischen diesen beiden Werten liegt bei 0,36 Jahren, was einer nur geringen Zunahme von etwas über 4 Monaten entspricht. Für Ostdeutschland beträgt die Differenz sogar -0,22 Jahre, womit eine leichte Abnahme der geteilten Lebenszeit um 2 bis 3 Monate vorliegt. Auch für diese Ergebnisse können wieder Vorausberechnungsintervalle angegeben werden, allerdings liegen diese eng um die genannten Werte. Damit scheint es sehr wahrscheinlich zu sein, dass sich die geteilte Lebenszeit von Enkeln und Großeltern nur marginal ändern wird. Grünheid und Scharein (2011) kommen bei ähnlichen Berechnungen zu den selben Ergebnissen.

Bezogen auf die Pflege durch Kinder lassen sich die Resultate auf unterschiedliche Art und Weise betrachten. Hier wird im Weiteren das Verhältnis der Zahl der Pflegebedürftigen zur Zahl ihrer Kinder betrachtet, unabhängig davon, ob die Kinder konkret pflegen oder nicht. Die zugrunde liegende Überlegung ist, dass hiermit gewissermaßen das Unterstützungspotential der Kinder abgebildet wird.

Als Beispiel werden Pflegebedürftige im Alter von 70 Jahren betrachtet. Im Jahr 2009 kamen auf 100 Pflegebedürftige in diesem Alter etwa 193 Kinder. Bis 2060 werden es im Mittel nur noch 143 sein (Median), was einer Abnahme um etwa 25 % entspricht. Dabei reicht das Vorausberechnungsintervall von 123 bis zu 168 Kindern. Somit scheint eine Abnahme für das betrachtete Alter langfristig sehr sicher zu sein, was ebenfalls auch mittelfristig gilt. Für andere Alter zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Somit ist zwar von einer nicht unerheblichen Abnahme verwandtschaftlicher Unterstützungspotentiale auszugehen, allerdings fallen die gerade beschriebenen Ergebnisse deutlich weniger drastisch aus als im Falle von bisher in der Literatur zu findenden Vorgehensweisen, die nicht von einer Modellierung von Verwandtschaft ausgehen (für Details s. Dudel 2014: Kapitel 10).

Fazit

Der vorliegende Beitrag stellt eine Vorausberechnung des Vorhandenseins von Vor- und Nachfahren für Deutschland bis zum Jahr 2060 vor. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Unsicherheit der zukünftigen demografischen Entwicklung gelegt. Bezogen auf die für die durchschnittliche Anzahl an Nachfahren vorgestellten Ergebnisse zeigt sich, dass diese zumindest langfristig mit einer großen Unsicherheit behaftet sind und sich kaum definitive Aussagen treffen lassen. Für Vorfahren wurden beispielhaft Ergebnisse für Großeltern vorgestellt. Bei diesen zeigte sich, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Großeltern noch leben, in Zukunft sehr wahrscheinlich unverändert bleiben wird beziehungsweise sich nur leicht ändert.

Als Anwendungsbeispiele wurden die geteilte Lebenszeit von Generationen und verwandtschaftliche Unterstützungspotentiale für die Pflege Älterer betrachtet. Die geteilte Lebenszeit wird sich in Zukunft wahrscheinlich kaum verändern. Für den Bereich der Pflege gilt, dass verwandtschaftliche Unterstützungspotentiale wahrschein-

lich abnehmen werden, allerdings nicht so stark wie oftmals in der Literatur vermutet.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die explizite Berücksichtigung von Unsicherheit bei demographischen Vorausberechnungen nützliche zusätzliche Informationen zur Bewertung der Ergebnisse liefert. Daneben zeigt sich auch die Notwendigkeit von Vorausberechnungen zu Verwandtschaft, über die sich politisch und gesellschaftlich bedeutsame Fragestellungen untersuchen lassen.

Literatur

Blome, A.; Keck, W.; Alber, J. (2008): Generationenbeziehungen im Wohlfahrtsstaat. Lebensbedingungen und Einstellungen von Altersgruppen im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft

Denton, F. T.; Feaver, C. H.; Spencer, B. G. (2005): Time series analysis and stochastic forecasting: An econometric study of mortality and life expectancy. In: Population Economics 18: 203-227

Dudel, C. (2014): Vorausberechnung von Verwandtschaft. Wie sich die gemeinsame Lebenszeit von Kindern, Eltern und Großeltern zukünftig entwickelt. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 45. Verlag Barbara Budrich, Opladen u.a.:

Grünheid, E.; Scharein, M. (2011): On Developments in the Mean Joint Lifetimes of Three- and Four-Generation Families in Western and Eastern Germany – A Model Calculation. In: Comparative Population Studies 36: 41-76

Keyfitz, N. (1985): A probability representation of future population. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 11: 179-191

Keyfitz, N. (1989): Measuring in Advance the Accuracy of Population Forecasts. Working-Paper 89-72, IIASA

Lutz, W., Scherbov, S. (1998): Probabilistische Bevölkerungsprognosen für Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 23: 83-109

Murphy, M.; Martikainen, P.; Pennec, S. (2006): Demographic change and the supply of potential family supporters in Britain, Finland and France in the period 1911-2050. In: European Journal of Population 22: 219-240

Schneekloth, U. (2006): Entwicklungstrends und Perspektiven in der häuslichen Pflege. Zentrale Ergebnisse der Studie „Möglichkeiten und Grenzen selbstständiger Lebensführung“ (MuG III). In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 39: 405-412

TNS Infratest (2011): Abschlussbericht zur Studie „Wirkungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Berlin

Nikola Sander (Vienna Institute of Demography/Wittgenstein Centre)

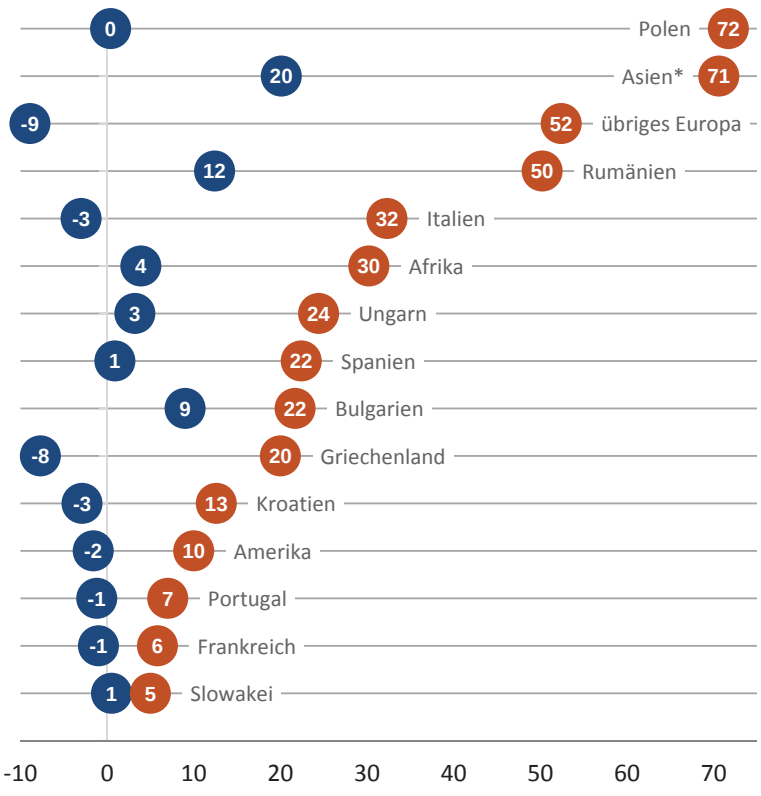
Deutschland in Bewegung? Neue Daten und Erkenntnisse zur globalen Migration und zur deutschen Binnenwanderung

Das Thema Zuwanderung spielt momentan in der öffentlichen Diskussion in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft eine wichtige Rolle. Die seit 2009 stetig ansteigenden Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland dienen dabei als Beleg für die hohe Attraktivität des deutschen Arbeitsmarkts und die immer erfolgreichere Anwerbung von Facharbeitern im Ausland, vor allem in Südeuropa. Die aktuelle Diskussion ist jedoch stark auf Wanderungsströme von und nach Deutschland fokussiert. Dieser Beitrag zeigt auf der Grundlage von kürzlich im Fachblatt *Science* publizierten Schätzungen globaler Migrationsströme, wie wichtig es ist, die Diskussion zur Zuwanderung in einen internationalen Kontext zu stellen. Im zweiten Teil des Beitrags werden Ergebnisse einer neuen Studie zur Binnenwanderung zwischen den Landkreisen in Deutschland vorgestellt. Die Muster der Binnenwanderung und der globalen Migration ähneln sich insofern, als dass sich Wanderungen vorwiegend zwischen benachbarten Regionen ereignen. Allerdings weist die deutsche Binnenwanderung im internationalen Vergleich eine besonders starke Konzentration auf die Stadt-Umland Bewegungen auf.

Die aktuelle Diskussion zur Zuwanderung nach Deutschland basiert in erster Linie auf Auswertungen der amtlichen Statistik zum jährlichen Wanderungsgewinn sowie des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Letzterer Indikator ist für die Analyse aktueller Trends nicht geeignet, da auch Personen, die vor mehreren Jahrzehnten eingewandert sind und Personen ohne eigene Migrationserfahrung einbezogen werden. Die Dynamik der jährlichen Wanderungsgewinne bzw. -verluste gegenüber dem Ausland seit dem Jahr 1950 korrespondiert in einem gewissen Maß mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Wirtschaftswachstum der 1960er Jahre führte zu einer Einwanderungswelle aus Südeuropa, die mit der Ölkrise Mitte der 1970er Jahre beendet wurde. Der bisher höchste Wanderungsgewinn wurde mit 782.000 im Jahr 1992 erreicht, als der Zerfall der Sowjetunion eine starke Abwanderung aus den ehemaligen Ostblockstaaten auslöste. Auf die relativ niedrige Zuwanderung zu Anfang des vergangenen Jahrzehnts und die in 2008/09 sogar negative Wanderungsbilanz (auch beeinflusst durch Veränderungen der statistischen Erfassung) folgte seit 2009 ein erneuter Anstieg des jährlichen Wanderungsgewinns auf 437.000 Personen im Jahr 2013.

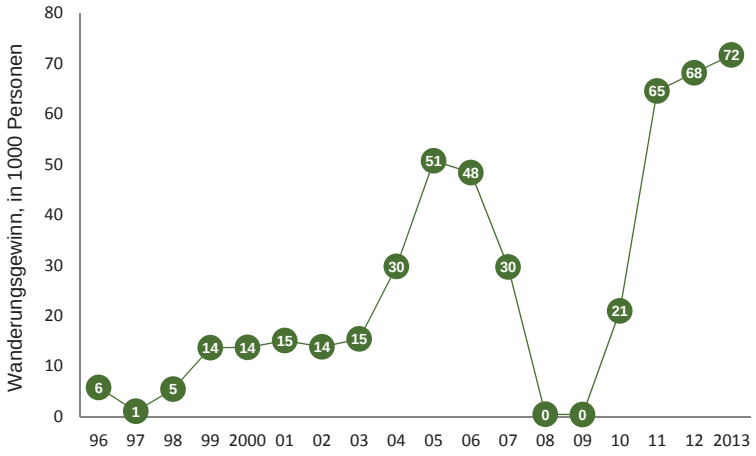
Die Zunahme zwischen 2009 und 2013 ist jedoch, wie Abbildung 1 zeigt, nicht in erster Linie durch den vermehrten Zuzug aus Südeuropa zu erklären. Hauptursache für die hohen Wanderungsgewinne war vielmehr die deutliche Zunahme der Migration aus Polen und Asi-

Abb. 1: Veränderung des Wanderungsgewinns zwischen 2009 und 2013 nach Herkunftsland bzw. -region.
Wanderungsgewinn bzw. –verlust in 1.000 Personen



* einschließlich Länder der ehemaligen Sowjetunion
Datenquelle: Destatis

Abb. 2: Veränderung des Wanderungsgewinns gegenüber Polen, 1996-2013
Mit Ausnahme der Jahre 2007-2011 war der Trend durchweg positiv.



Datenquelle: Destatis

en (v.a. den Ländern der ehemaligen Sowjetunion). Die Wanderungsgewinne gegenüber den Krisenländern Italien, Spanien und Griechenland haben sich zwar erhöht, sind aber nicht die Hauptursache für die hohe Zuwanderung der letzten Jahre. Bei isolierter Betrachtung der deutlichen Zunahme der Migration aus Polen zwischen den Jahren 2009 und 2013 wird leicht übersehen, dass es sich lediglich um die Wiederherstellung eines längerfristigen positiven Trends nach dem Einbruch der Zuwanderung in den Jahren 2008/09 handelte. Wie Abbildung 2 zeigt, war der Wanderungsgewinn gegenüber Polen seit 1996 kontinuierlich angestiegen, ein Trend, der im Zeitraum 2007-11 kurzfristig unterbrochen wurde.

Die Statistiken des Statistischen Bundesamtes sowie die öffentliche Diskussion zu den Ursachen und Konsequenzen der Zuwanderung werfen die Frage auf, was ein Wanderungsgewinn von über 430.000 Menschen im Jahr 2013 für Deutschland eigentlich bedeutet! Ist die Zunahme der Migration nach Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal, das allein der deutschen Wirtschaftskraft zu verdanken ist, oder reflektiert es lediglich einen weltweiten Trend? Diese wichtigen Fragen lassen sich allein mit Blick auf die für Deutschland veröffentlichten Statistiken nicht beantworten.

Interaktive Daten im Internet

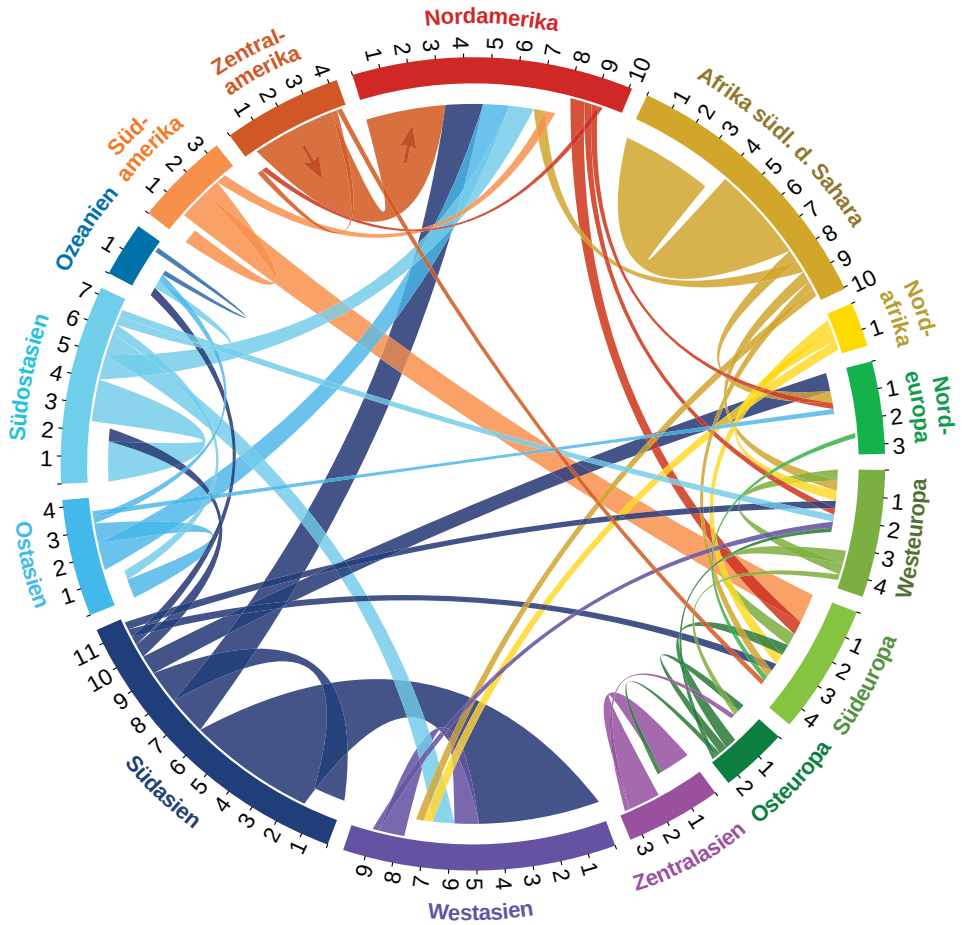
Detaillierte Daten und eine interaktive Datenvisualisierung zum Thema „The Global Flow of People“ unter: *http://www.global-migration.info/*

Der Vergleich von Wanderungsströmen auf globaler Ebene war bisher aufgrund der schlechten Datenlage unmöglich. Während die Erfassung von Bestandsdaten zu im Ausland geborenen Personen (engl. *migrant stock*) weltweit relativ verbreitet ist und nach ähnlichen Kriterien durchgeführt wird, ist die Erfassung von dynamischen Migrationsströmen (engl. *migrant flow*) leider nicht vereinheitlicht und darüber hinaus auf weniger als 50 überwiegend europäische Länder beschränkt. Daher konnte die einfache Frage, wie viele Menschen in den letzten Jahren in ein anderes Land migriert sind, bisher nicht beantwortet werden. Auf der Basis von Bestandsdaten der Vereinten Nationen konnte lediglich festgestellt werden, dass im Jahr 2013 etwa 220 Millionen Menschen in einem anderen Land gelebt haben als in dem, in dem sie geboren wurden. Bestandsdaten zur im Ausland geborenen Bevölkerung erfassen jedoch auch Personen, die vor mehreren Jahrzehnten eingewandert sind, und sind daher für die Analyse aktueller Wanderungsbewegungen nicht geeignet.

Eine im März diesen Jahres in der Zeitschrift *Science* veröffentlichte Studie stellte erstmals ein statistisches Modell vor, mit dessen Hilfe ausgehend von Bestandsdaten der Vereinten Nationen bilaterale Wanderungsbewegungen zwischen 196 Ländern über den Zeitraum 1990 bis 2010 geschätzt werden können (Abel & Sander, 2014). Die Daten erfassen alle Personen, die zu Beginn einer Fünf-Jahres-Periode in einem anderen Land leben als am Ende der Periode, unabhängig davon, ob die Personen innerhalb dieses Zeitraums ggf. noch weitere Male umgezogen sind. Damit unterscheiden sich die Daten in ihrer Definition von den Wanderungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes, welche jede Wanderungsbewegung erfassen, sofern die Mindestaufenthaltsdauer 12 Monate beträgt. Der direkte Vergleich der beiden Datensätze ist daher nicht möglich.

Abel & Sander (2014) beziffern die globalen Wanderungsbewegungen über den Zeitraum 2005 bis 2010 auf 41,5 Millionen Migranten. Die Zahl der Personen, die in einem anderen Land leben als sie geboren wurden wird hingegen auf 213 Millionen im Jahr 2010 geschätzt. Der Vergleich verdeutlicht noch einmal, dass Bestandsdaten nicht zur Quantifizierung aktueller Trends herangezogen

Abb.3: Migrationsströme innerhalb und zwischen den Weltregionen, 2005-10.



Erläuterung: Den Weltregionen ist je eine Farbe zugeordnet, welche auch die Herkunftsregion eines Migrationsstroms kennzeichnet. Zwischen Strom und Zielregion ist ein Spalt. Die Breite eines Stroms zeigt dessen Volumen an. Nur bilaterale Ströme mit mindestens 170.000 Migranten werden dargestellt. Ticks zeigen das Gesamtvolumen der Wanderungen in Millionen.
Quelle: Abel & Sander (2014). Nachdruck mit Genehmigung von *Science*/AAAS.

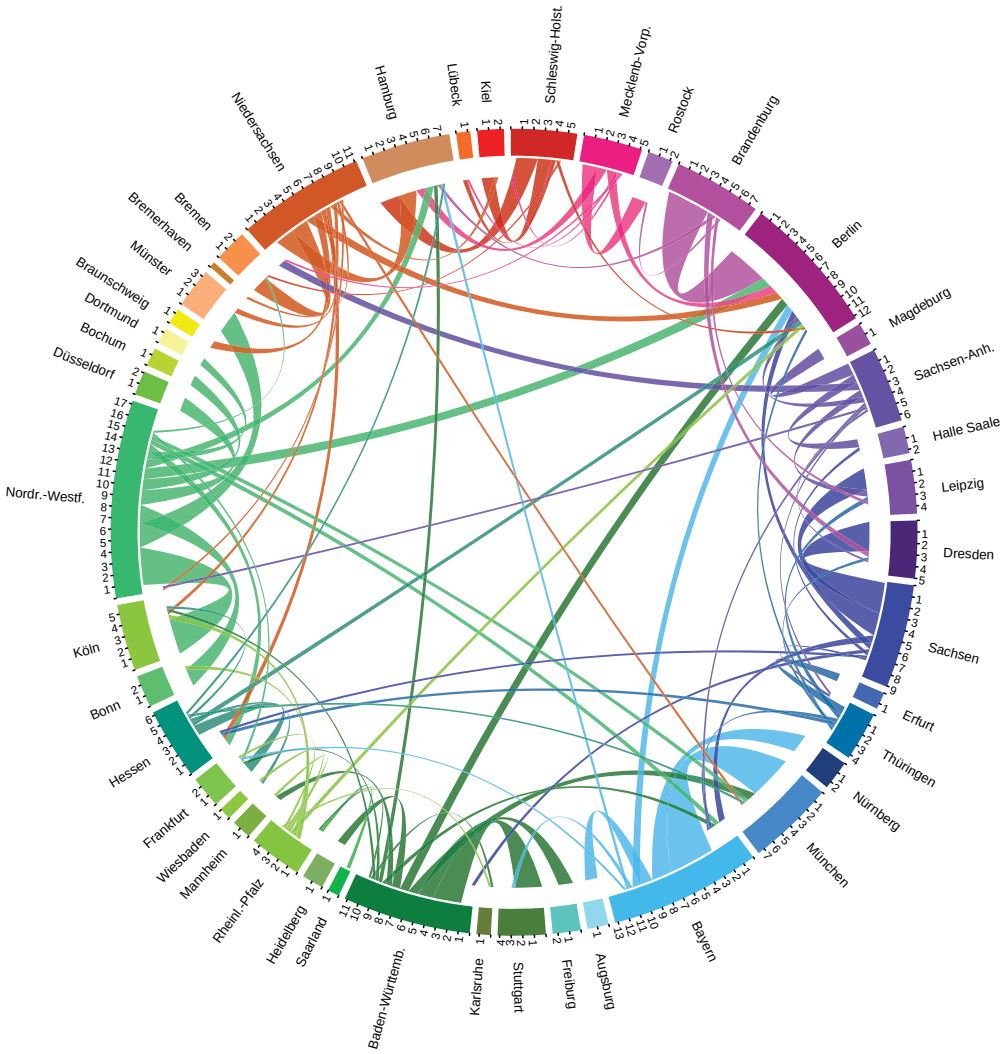
werden sollten. Die neuen Schätzungen von Abel & Sander (2014) liefern das überraschende Ergebnis, dass die weltweiten Migrationsströme entgegen der gängigen Annahme seit 1995 weitgehend stabil geblieben sind. So liegt der Prozentsatz der Weltbevölkerung, der jeweils über Fünf-Jahres-Perioden in ein anderes Land wandert, seit 1995 bei etwa 0,6 Prozent.

Abbildung 3 zeigt Wanderungsströme über den Zeitraum 2005-10 zwischen 15 Weltregionen, wobei nur Ströme ab einer Größe von 170.000 Personen abgebildet sind. Die Grafik veranschaulicht die Konzentration der globalen Wanderungen innerhalb der Weltregionen bzw. zwischen benachbarten Regionen. Wanderungsbewegungen zwischen Kontinenten konzentrieren sich auf zwei Korridore: Von Asien nach Nordamerika, und von Amerika nach Europa, wobei die Migration von Lateinamerika nach Südeuropa seit der Wirtschaftskrise deutlich abgenommen hat. Deutlich weniger bedeutend als in der öffentlichen Meinung angenommen ist die Migration von Afrika nach Europa. In der Fünf-Jahres-Periode 2005-10 kamen insgesamt 2,1 Millionen Menschen aus Afrika nach Europa, davon 875.000 aus Nordafrika. Zwischen den Ländern südlich der Sahara betrug das Wanderungsvolumen jedoch 3,1 Millionen.

Binnenwanderung in Deutschland

Die wissenschaftliche Literatur zum Thema Binnenwanderung und die öffentliche Diskussion haben sich in den letzten Jahren stark auf die Ost-West-Wanderung und das erneute Wachstum der Städte fokussiert. Nicht

Abb.4: Netto-Wanderungsströme der 18 bis 24-Jährigen zwischen ausgewählten Städten und Regionen Deutschlands, 2010

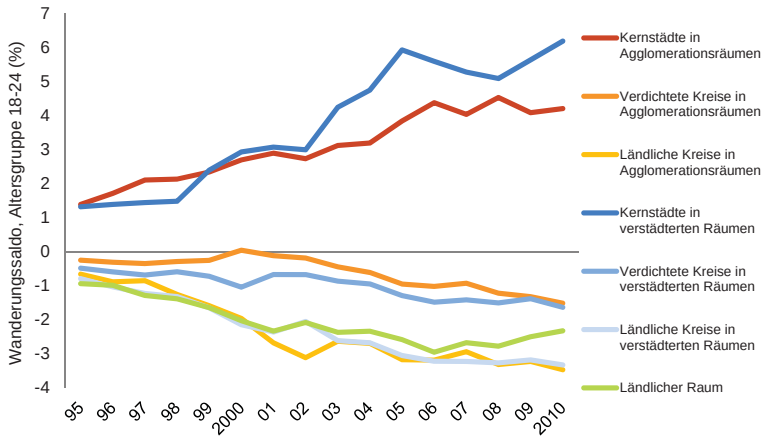


Erläuterung: Den Städten und Regionen ist je eine Farbe zugeordnet, welche auch die Herkunftsregion eines Migrationsstroms kennzeichnet. Zwischen Strom und Zielregion ist ein Spalt. Die Breite eines Stroms zeigt dessen Volumen an. Nur bilaterale Wanderungssaldi mit mindestens 100 Migranten werden dargestellt. Ticks zeigen den Wanderungssaldo für jede Stadt/Region in Tausend.
Datenquelle: Sander (2014), eigene Darstellung.

zuletzt aufgrund der schwierigen Datenlage konnte die Wissenschaft jedoch nicht immer konstruktiv zur öffentlichen Debatte über die Intensität der Binnenwanderung und deren Auswirkungen beitragen. Denn die Komplexität der innerdeutschen Wanderungsprozesse, gepaart mit einer relativ eingeschränkten Datenlage, hat bisher die Analyse von Veränderungen der Migrationsmuster seit der Wiedervereinigung deutlich erschwert. Hauptursache dafür, dass Wanderungsströme nicht über die Zeit verglichen werden konnten, waren die Gebietsstandsänderungen, vor allem in Ostdeutschland. Ein kürzlich in der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (CPoS) veröffentlichter Datensatz zur Binnenwanderung auf Kreisebene über den Zeitraum 1995 bis 2010 ermöglicht es nun, die Wanderungsprozesse innerhalb Deutschlands besser als in der Vergangenheit darzustellen (Sander, 2014). Der German Internal Migration (GIM)-Datensatz enthält Angaben zum Volumen von Wanderungsströmen nach Alter und Geschlecht zwischen 397 Regionen für die Jahre 1995 bis 2010. Die im Datensatz enthaltenen Binnenwanderungsdaten wurden den stattgefundenen Gebietsstandsänderungen angepasst.

Die Ergebnisse verdeutlichen den starken Einfluss von Stadt-Umland-Wanderungen auf die regionale Bevöl-

Abb.5: Wanderungssaldo der 18 bis 24-Jährigen für Gesamtdeutschland von 1995 bis 2010 für sieben Raumtypen (Raumtypen in Anlehnung an BBSR, 2009).



Datenquelle: Sander (2014)

kerungsentwicklung, wohingegen der Einfluss der Ost-West-Wanderung nur noch gering ist. Abbildung 4 veranschaulicht, dass entgegen der gängigen Sichtweise die Ost-West-Wanderung 2010 selbst unter den 18 bis 24-Jährigen – der Altersgruppe, die die höchsten Wanderungsintensitäten aufweist – recht gering war. Die meisten Wanderungsströme verlaufen zwischen benachbarten Regionen bzw. zwischen Städten und ihrem Umland. Berlin und auch Hamburg und München sind drei der wenigen Regionen, die Menschen aus anderen Bundesländern anziehen.

Abbildung 5 fasst die deutlichen Veränderungen der Binnenwanderungsmuster für 18 bis 24-Jährige über den Zeitraum 1995 bis 2010 zusammen. Während die Kernstädte einen starken Anstieg des Wanderungssaldos verzeichneten, nahm der Wanderungsverlust der verdichteten und der ländlichen Kreise weiter zu. Die jungen Erwachsenen ziehen also vermehrt in die Kernstädte, während Binnenwanderung von Erwachsenen im Alter von 25 bis 49 stetig abnahm (nicht dargestellt). Der Trend zeigt eindeutig, dass die Städte für Familien zunehmend attraktiv sind und der in den 1990er Jahren weit verbreitete Trend zur Suburbanisierung weitgehend zum Erliegen gekommen ist. Allerdings gibt es regionale Unterschiede. So hat sich die Abwanderung junger Familien aus Stuttgart und Heidelberg weniger stark abgeschwächt als beispielsweise die Abwanderung aus Berlin, Leipzig und Freiburg. Die Unterschiede in den Wohnungspreisen spielen hier sicherlich eine entscheidende Rolle.

Dieser Beitrag stellte einige neue, teilweise auch überraschende Erkenntnisse zur Wanderungsbewegungen auf globaler und regionaler Ebene vor. So ist die globale Migration seit 1995 erstaunlich stabil geblieben. Internationale Wanderungsbewegungen ereignen sich primär innerhalb von Weltregionen bzw. zwischen benachbarten Regionen. Der aktuelle Flüchtlingsstrom von Nordafrika nach Südeuropa sollte nicht als Vorbote einer massiven Migration aus den rasch wachsenden Ländern südlich der Sahara nach Europa interpretiert werden. Es ist allerdings zu erwarten, dass die Migration aus Süd- und Südostasien weiter zunehmen wird. Denn im Gegensatz zu Afrika verfügen in Asien aufgrund von Wirtschaftswachstum und Investitionen in Bildung immer mehr Menschen über die erforderlichen finanziellen Mittel und beruflichen Qualifikationen um nach Nordamerika und Westeuropa auszuwandern.

Literatur

Abel, G. J.; Sander, N. (2014). Quantifying Global International Migration Flows. Science, 343(6178), 1520–1522. Retrieved from http://www.sciencemag.org/cgi/doi/10.1126/science.1248676

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009). Siedlungsstrukturelle Kreistypen. http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_340582/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleGebietstypen/Kreistypen/Downloadangebote

Sander, N. (2014). Internal Migration in Germany, 1995-2010: New Insights into East-West Migration and Reurbanisation. Comparative Population Studies, 39(5). Retrieved from http://www.comparativepopulationstudies.de/index.php/CPoS/article/view/89/175

Rückblick

Die Herausforderungen des demografischen Wandels global gestalten – 3. Berliner Demografie Forum unter dem Motto „Sicherheit – Vertrauen – Zusammenhalt“ vom 09. bis 11. April 2014 in Berlin

Der demografische Wandel lässt sich zwar nicht aufhalten – aber er kann mitgestaltet werden, wie die Beiträge und Diskussionen beim 3. Berliner Demografie Forum zeigten. Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus 18 Nationen diskutierten die Frage, warum die Demografie in der heutigen Zeit eine der wichtigsten Herausforderungen in der Gesellschaft darstellt und was es unter anderem bedeutet, wenn der Anteil der Älteren an der Bevölkerungsentwicklung immer weiter anwächst. Dabei helfe der Blick auf andere Länder, wie Michael Diekmann (Chief Executive Officer, Allianz SE) in seiner Eröffnungsrede betonte. Es gelte, deren Erfahrungen und Maßnahmen zu betrachten und einen Weg zu finden, um den demografischen Wandel erfolgreich zu gestalten.

Wie sich die Entwicklung in Deutschland darstellt, zeigte der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, im Rahmen der Diskussionsrunde zur Frage: „Wo stehen wir in Deutschland? Eine Bestandsaufnahme“ auf. Im Rahmen des „Young Expert Panels“ diskutierten Ralina Panova aus dem BiB und weitere junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth über die Folgen des demografischen Wandels aus der Perspektive der jungen Generation.

Die größte innenpolitische Herausforderung des kommenden Jahrzehnts ist die Demografie:
Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig betonte in ihrer Rede die Bedeutung des demografischen Wandels, der alle Lebensbereiche, alle Politikfelder und alle gesellschaftlichen Gruppen betreffen werde. Seine Wucht sei so immens, dass umfassende und tiefgreifende politische Antworten benötigt würden. Um die Folgen zu bewältigen, bedürfe es einer „Partnerschaft der Generationen“. (Bild: BDF)

In ihrer Grundsatzrede betonte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Manuela Schwesig**, zu Beginn, dass der Fokus in der Diskussion nicht nur vor allem auf die Alterung der Gesellschaft gerichtet werden dürfe, sondern es müsse jetzt auch die junge Generation verstärkt in den Blick genommen werden. Schließlich gehe es um ihre Zukunft. Das Problem sei nicht, dass wir älter werden, sondern dass zu wenige Kinder in Deutschland geboren würden. Dabei komme es im demografischen Wandel besonders auf die Jugend an, so Frau Schwesig. Sie stellte die Ergebnisse einer neuen Erhebung des Bundesfamilienministeriums zum Thema „Demografischer Wandel – Zukunftserwartungen junger Erwachsener“ vor, die belegten, dass der demografische Wandel für die meisten jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren bereits ein Thema sei. So gehe eine Mehrheit neben steigenden Belastungen im Hinblick auf Altersvorsorge und einer längeren Lebensarbeitszeit für sich selbst auch von einer gegenseitigen Verantwortung der Generationen aus.

Demografischer Wandel als globale Herausforderung

In dem anschließenden wissenschaftlichen Panel widmeten sich internationale Experten aus unterschiedlichen Perspektiven der Tatsache, dass der demografische Wandel eine weltweite Herausforderung darstellt, da jedes Land auf der Welt zukünftig vor demografischen Veränderungen stehen wird. Dabei werde es unterschiedliche Geschwindigkeiten des Wandels in den einzelnen Regionen geben, wie **Prof. Dr. Francesco C. Billari** (Universität Oxford) zeigte. Es seien mehr Daten nötig, um den Wandel besser zu verstehen und damit umgehen zu können, forderte er.

Dies gelte vor allem bei der Alterung der Bevölkerung, deren Geschwindigkeit weltweit erheblich differiere, was zu unterschiedlichen Herausforderungen für die betroffenen Gesellschaften führe, analysierte Frau **Prof. Dr. Ursula M. Staudinger** (Robert N. Butler Columbia Aging Center, Columbia). Aus ihrer Sicht ist es möglich, Wachstum und Produktivität auch in alternden Gesellschaften aufrechtzuerhalten, wenn zugleich auch in Gesundheitsfürsorge investiert und das vorhandene Potenzial Älterer genutzt werde. Dazu gehöre auch die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen.

Prof. **Gian Carlo Blangiardo** (Universitá degli Studi di Milano Bicocca, Vatikan) plädierte für eine Kombination ethischer und ökonomischer Aspekte bei der Bewältigung des demografischen Wandels. In Italien spielten hier drei Faktoren eine Rolle: Migration müsse in der Gesellschaft akzeptiert werden, eine höhere Geburtenrate sei nötig und die Gesundheitsversorgung für die Älteren müsse verbessert werden.

In der Türkei spiele dagegen das Fertilitäts- und Mortalitätsgeschehen eine größere Rolle für die Demografie als die Migration, wie **Prof. Dr. A. Banu Ergöcmen** (Hacettepe Universität, Ankara) hervorhob. Dabei seien die Hauptfaktoren der Entwicklung die gleichen wie in vielen Ländern: Spätere und weniger Heiraten, Rückgänge bei der Fertilität und ein struktureller Wandel im generativen Verhalten ließen die Bevölkerung in der Türkei schrumpfen. Derzeit seien 25 % der Bevölkerung unter 25 Jahren; Vorausberechnungen zeigten allerdings, dass die Zahl der 5- bis 15-Jährigen zwar stabil bleibe – der Anteil der Alten werde allerdings deutlich zunehmen.

Dass sich auch in Brasilien die Alterspyramide verschiebt, machte der Direktor des International Longevity Center, Brasilien, **Alexandre Kalache**, deutlich. So habe sich in den letzten Dekaden der Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung verzehnfacht und die durchschnittliche Lebenserwartung sei deutlich gestiegen: Von über 43 Jahren 1950 auf gegenwärtig 75 Jahre. Die Alterung erfordere vor allem Investitionen in die Gesundheitsfürsorge in Brasilien.

Die Bedeutung von sozialer Sicherung vor dem Hintergrund einer rapide alternden Gesellschaft stand auch bei **Dr. Byong-ho Tchoe** (Präsident des Korea Institute for Health and Social Affairs, South Korea) im Fokus. In Südkorea sei das Leben für Ältere und Arme angesichts schwach ausgeprägter sozialer Sicherungssysteme hart, zumal das Renteneintrittsalter bei über 70 Jahren liege.

Die demografische Lage in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme

Wie stellt sich nach dem Blick auf die Lage unterschiedlicher Länder in Europa und Asien die Situation in Deutschland dar? **Prof. Dr. Renate Köcher** vom Institut für Demoskopie Allensbach zeigte zunächst auf der Grundlage einer Untersuchung zu Zukunftserwartungen junger Erwachsener, dass die Lage des Rentensystems von den befragten 20- bis 34-Jährigen realistisch eingeschätzt werde. Über 60 % gingen davon aus, dass sie mehr Eigenvorsorge für das Rentenalter benötigten und die Belastung durch höhere Steuern und Abgaben steigen werde. Ein weiterer wichtiger Aspekt war für die Befragten eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider (Direktor des BiB, Wiesbaden) konstatierte, dass der demografische Wandel in Deutschland vor allem durch eine voranschreitende Alterung sowie eine regionale Spreizung der Bevölkerungsentwicklung charakterisiert sei. Hinzu komme, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Menschen im erwerbstätigen Alter und denen im Ruhestand verändern werde. Insgesamt zeige sich in der deutschen Entwicklung der letzten Jahre, dass sich der Blick auf den demografischen Wandel verändert habe, konstatierte Prof. Schneider. Nunmehr würden die Herausforderungen und Gelegenheiten, die der Prozess biete, betrachtet – und nicht mehr nur die Risiken. Angesichts der regional differenzierten Entwicklung müssten aber auch neue Lösungen gefunden werden. Dies gelte zum Beispiel für

Veränderter Blick auf den demografischen Wandel:
Prof. Dr. Norbert F. Schneider wies vor allem auf die Herausforderungen und Chancen hin, die der Prozess biete, nachdem in der Vergangenheit die demografische Entwicklung vor allem unter negativen Gesichtspunkten betrachtet wurde. (Bild: Berliner Demografie Forum)

Den demografischen Wandel in Deutschland als Chance begreifen: Wie geht es in Deutschland weiter? Über die aktuelle und künftige demografische Lage diskutierten (von links): Prof. Dr. Norbert F. Schneider (Direktor des BiB), Prof. Dr. Renate Köcher (Institut für Demoskopie, Allensbach), Moderator Prof. Dr. Martin Seeleib-Kaiser (Universität Oxford) und Prof. Dr. Tilman Mayer (Universität Bonn).
(Bild: Berliner Demografie Forum)

schrumpfende Regionen in Ostdeutschland, aber nicht nur dort.

Im Anschluss daran verglich **Prof. Dr. Tilman Mayer** (Universität Bonn, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie, DGD) die Fertilitätsentwicklung Deutschlands und Frankreichs und stellte fest, dass Deutschland im Hinblick auf eine Steigerung seiner Fertilitätsrate von den Maßnahmen in Frankreich lernen könne. Frankreich sei in diesem Punkt weitaus erfolgreicher als Deutschland, betonte Prof. Mayer. Darüber hinaus biete Immigration eine Möglichkeit, die Bevölkerungszahl zu erhöhen. Politische Maßnahmen wie die von der Bundesregierung eingeschlagene Demografiestrategie müssten weiter ausgebaut werden, da sie gegenwärtig noch zu sehr von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gelenkt sei. Dies reiche aber noch nicht aus, um die künftigen Folgen des demografischen Wandels zu gestalten.

Ethische Fragen des Wandels

Welche ethischen Fragen sich mit dem Thema verbanden, zeigten der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, **Dr. Dr. h.c. Markus Dröge** und **Prof. Dr. Andreas Suchanek** vom Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik. So seien auch die Kirchen in die Herausforderungen des demografischen Wandels involviert. Die Themen Sicherheit, Vertrauen und Solidarität spielten in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Wichtig sei, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, gerade was das Verhältnis zwischen den Generationen angehe. Er ziehe aus der jetzigen Herangehensweise an den demografischen Wandel positive Schlüsse, da wir nun die Gelegenheiten haben, etwas zu gestalten, betonte Dr. Dröge. Für Prof. Suchanek war wichtig, dass wir uns fragen, wie wir an die Herausforderungen herangehen. Wichtig sei hier zu verstehen, was passiere und wie der Wandel gestaltet werden könne.

Die Schlussfolgerungen der Politik: Gregor Gysi zum Thema Demografie

Was die politischen Schlussfolgerungen der Thematik anging, erklärte sich der Fraktionsvorsitzende der Partei „DIE LINKE“, **Dr. Gregor Gysi**, zu einer kurzen Stellungnahme bereit. Er betonte, dass der demografische Wandel kein neues Phänomen sei, sondern existiere, seit es die Menschheit gebe: „Es gab schon immer eine Verschiebung der Altersgrenzen und die gab es auch in den letzten 100 Jahren, ohne dass man deswegen dauernd das Renteneintrittsalter verschoben hätte“, so Gysi. Neu sei in dieser Entwicklung die Abnahme der Säuglingssterblichkeit und die Zunahme der Lebenserwartung, worauf die Rentenpolitik mit unterschiedlichen Maßnahmen reagieren müsse. Der Grund, warum es in Deutschland so wenige Kinder gebe, liege zum einen an einem schlecht ausgebauten Netz an Kindertagesstätten und zum anderen an der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse für junge Leute, die eine Familiengründung nicht zuließen. Hier müssten sich die Unternehmen ändern, betonte der Politiker. Hinzu komme eine kinderunfreundliche Gesellschaft: „Wir müssen Kinder auch wollen“, appellierte Gysi. Angesichts der hohen Armutsrate bei Kindern gelte es, die Bildungsstruktur in Deutschland weiter zu verbessern, denn es sei allemal besser in Bildung als in Jugendgefängnisse zu investieren.

Die internationale Perspektive: Demografische Trends in einzelnen Ländern

Im Mittelpunkt der Diskussion des letzten Tages stand die Frage, wie andere Länder mit den Auswirkungen der demografischen Veränderungen umgehen. Dazu leitete **Prof. Dr. Anne Gauthier** vom Netherlands Interdisciplinary Demographic Institute (NiDi) mit der Frage ein, wie die Rolle der Familie sich entwickeln werde. Trotz divergierender Antworten auf diese Frage zeigte sich eine Mehr-

heit in der Diskussionsrunde überzeugt, dass die Familie, wie wir sie heute kennen, sich in eine „multikomplexe Konstruktion“ verwandeln werde.

Mike McGavick (CEO of XL Insurance Group) wies auf die unterschiedliche Entwicklung der Alterung in allen Ländern und Gesellschaften hin, besonders im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung älterer Menschen. Es müsse sich auch das Denken bei der Altersvorsorge ändern: So hätten 89 % der Menschen in Japan erkannt, dass die Versorgung älterer Menschen eine Notwendigkeit und eine Herausforderung zugleich darstelle. In anderen Ländern werde dies noch nicht gesehen. Hier müsse ein Wandel erfolgen.

Dies gelte auch für die amerikanische Gesellschaft, wie **M. Michelle Burns** vom Stanford Longevity Center erläuterte. So liege die USA, was die Absicherung im Alter angehe, hinter der EU. Die Notwendigkeit, länger zu arbeiten, sei offensichtlich. Daher gelte es, im Hinblick darauf bestehende Geschäftsmodelle in der Wirtschaft zu verändern.

In der Türkei befinde sich der demografische Wandel in einer Übergangssituation, erläuterte **Nur Ger** vom Board of Turkish Industry Association TÜSIAD, Istanbul. Das Bevölkerungswachstum gehe zurück und damit auch die Zahl der Menschen im erwerbstätigen Alter. Die Vorausberechnungen deuteten darauf hin, dass die Türkei spätestens im Jahr 2040 ein neues Modell der Beschäftigung, Fürsorge und des Renteneintrittsalters umsetzen müsse. Um die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern zu können, bedürfe es auch deutlicher Anstrengungen für mehr Geschlechtergleichheit sowie einer Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme durch die Politik.

In Brasilien gebe es das Problem, dass nur eine kleine Zahl junger Leute eine höhere Ausbildung erreichten, erläuterte **Prof. José Marcos Pinto da Cunha** (Population Studies Center (Nepo), Brasilien). Dazu komme in Brasilien ebenfalls eine älter werdende Gesellschaft, so dass es auch hier darum gehe, die Sozialsysteme zu verändern und anzupassen. Dabei spiele vor allem das Thema der Fürsorge für Ältere eine Rolle.

Für die Entwicklung in China zeichnet sich in der jüngeren Generation vor allem ein verändertes Migrationsverhalten ab, wie **Dan-He**, Generaldirektorin der National Health and Family Planning Commission, China, ausführte. Kehrten Wanderarbeiter früher wieder in

Demografiestrategie begleitet den Demografischen Wandel in Deutschland:
Ministerialdirektor Dr. Jörg Bentmann (Bundesministerium des Innern) erläuterte die Demografiestrategie der Bundesregierung, die vor allem auch im Dialog mit Sozialpartnern und den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden müsste. Dazu wurde 2012 auch das Demografieportal des Bundes und der Länder eingerichtet, das bei der Veranstaltung mit einem Informationsstand präsent war.
(Bild: Berliner Demografie Forum).

ihre Heimatregion zurück, so ließen sie sich nun zunehmend dauerhaft in den urbanen Regionen nieder. Diese Entwicklung sei politisch durchaus erwünscht, da so der Lebensstandard der Landbevölkerung gehoben werden solle. In den nächsten Jahren werde China die Folgen der Urbanisierungsentwicklung bewältigen müssen. Dies sei momentan die größte demografische Herausforderung. Angesichts der Bevölkerungsprobleme benötige China allerdings auch einen Wandel der Politik im Hinblick auf die Migrantenfamilien.

Wie sich Deutschland für den demografischen Wandel rüstet, zeigte **Dr. Jörg Bentmann** (Bundesministerium des Innern). Er erläuterte die eingeschlagene Demografiestrategie der Bundesregierung, bei der Arbeitsgruppen aus unterschiedlichen Themengebieten Lösungsansätze erarbeiten und betonte, dass die Folgen des Wandels nur im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Sozialpartnern gelingen könne. Zudem werde auch der Blick auf die Maßnahmen und Strategien in anderen Ländern hilfreich sein.

In manchen Ländern schreitet die Alterung sogar noch deutlich schneller voran, wie eine internationale Demografie-Studie der Allianz am Beispiel von sieben Ländern zeigt (**International Pension Papers 2/2014 Security – Trust – Solidarity.** Perception of retirement: a cross-

country comparison. (Download unter: *https://www.allianz.com/v_1397211191000/media/press/document/2014_Security_Trust_Solidarity_ES_final.pdf*). Dazu zählen u.a. die Türkei und Malaysia. Hier haben Politik und Wirtschaft noch weniger Zeit zum Handeln als in Deutschland, wie Michael Dieckmann (Chief Executive Officer, Allianz SE) in seiner Rede betonte.

Bernhard Gückel, BiB

Generationen im Gespräch:
Beim „Young Expert Panel" diskutierten junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit der ehemaligen Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth über die Herausforderungen des demografischen Wandels. Ralina Panova aus dem BiB plädierte für einen verstärkten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, damit Frauen schneller ins Berufsleben zurückkehren und Familien somit besser ihre Zukunft planen könnten. Zugleich würden Kinder aus bildungsfernen sozialen Schichten und mit Migrationshintergrund früher gefördert, was zu ihrer schnelleren Integration beitrage.
Frau Prof. Süssmuth lag in der Diskussion vor allem das Thema der Work-Life-Balance mit Blick auf die Rolle der Frauen am Herzen. Zudem warf sie einen Blick auf den Wandel in der Migrationspolitik.
Im Bild von links: Ellen von den Driesch (Wissenschaftszentrum Berlin), Ali Bargu (Jakobs Universität Bremen), Ralina Panova (BiB), Martina Lizarazo (Universität Bonn), Faruk Tuncer (Projekt Manager LEAD, Mercator Center for Leadership & Advocacy) und Prof. Dr. Süssmuth.
(Bild: Berliner Demografie Forum)

Das BiB in den Medien

Die Rückkehr zur Normalität der Vielfalt der Familie – Prof. Dr. Norbert F. Schneider im Interview in der Sendung des Senders 3sat „scobel" vom 08. Mai 2014 zum Thema „Was ist normal? – Der Versuch einer Definition"

Was ist darunter zu verstehen, wenn von „Normalität" in der Gesellschaft gesprochen wird? Wer bestimmt heute, was in der Gesellschaft als „normal" zu gelten hat? Ist der Wandel der Familie normal?
Diese Fragen standen unter anderem im Fokus der Sendung „scobel" des Senders 3sat, in der der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, aus soziologischer Perspektive den allgemeinen Normalitätsbegriff analysierte. In diesem Zusammenhang widmete er sich der Frage, wie der Wandel der Lebensformen und der Familie gesehen werden müsse.

Seiner Meinung nach hafte Normalität immer etwas Fluides an. Sie habe immer etwas zu tun mit Erwartetem, Erwünschtem und sozial Akzeptiertem, wobei es aus soziologischer Perspektive verschiedene Normalitätsbegriffe gebe. So existiere eine statistische Normalität, in der normal sei, was oft vorkomme und was dem Durchschnitt entspreche. Zudem gebe es eine kodifizierte Normalität etwa durch Gesetze und Normen sowie eine subjektive Normalität, die mit Erwartungen von Individuen zu tun habe. Bei alldem sei Normalität immer raum- und zeitabhängig zu betrachten, wobei es nicht die einzige Normalität gebe, sondern verschiedene Normalitäten – je nach Bevölkerungsgruppe. Somit könne man von einer Pluralität von Normalitäten sprechen.

Auf die Frage, wer eigentlich festlege, was als normal zu gelten habe, müsse die Antwort nach Prof. Schneider lauten: Die Gruppen, die die Definitionsmacht haben, da sie die Möglichkeit hätten, gewisse Vorstellungen als „normal" für die Allgemeinheit durchzusetzen, so der So-

ziologe. Sie hätten die Macht über das, was als normal anzusehen sei und was von der Normalität abweiche und notfalls sanktioniert werden müsse. Damit ergibt sich Normalität nicht aus sich selbst heraus, sondern sie ist immer eine Setzung. Aus dieser Perspektive könne man gesellschaftlichen Wandel als Auseinandersetzung um die Durchsetzung von unterschiedlichen Normalitätsvorstellungen bezeichnen.

Den Begriff „Normalität“ gebe es in den Sozialwissenschaften etwa seit 1890, faktisch allerdings bereits seit dem antiken Athen. Im Grund durchziehe der Begriff den gesamten Zivilisationsprozess der Menschheit. Dabei gab es immer wieder einen Wandel von Normalitäten. Die Ursachen hierfür lagen zum einen im Austausch der Mächtigen und damit einhergehend neuen Definitionen von Normalität. Zum anderen entstehe neue Normalität, wenn sich Menschen in großer Zahl anders zu verhalten beginnen als in der Vergangenheit und die gesellschaftlichen Strukturen angepasst werden. Als klassisches Beispiel sei hier die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft in Deutschland in den 1970er Jahren zu nennen. Galt diese Lebensform noch bis ins Jahr 1972 als Straftatbestand, so änderte sich dies eine Dekade später vollkommen.

Die Keimzelle gesellschaftlicher Normen liege in der Familie, die soziologisch betrachtet keineswegs zerfalle oder in einer Krise stecke, wie dies oftmals behauptet werde. Im Gegenteil: Die Lebensform Familie war schon immer durch Vielfalt gekennzeichnet, betonte Prof. Schneider. Dies gelte sowohl für Ost- als auch Westdeutschland, wo sich im Lauf der Jahrzehnte zwei gegensätzliche Normalitäten der Familie etabliert haben, die mit der Wiedervereinigung aufeinandertrafen: Zum einen wurde in der ehemaligen DDR ein sehr spezielles Leitbild von Familie propagiert, nach dem Männer und Frauen voll erwerbstätig sein, Kinder haben und sich schnell für Eheschließung und Elternschaft entscheiden sollten. In Westdeutschland existiere dagegen bis zum heutigen Tag das Leitbild der „guten Mutter“, in dessen Verständnis eine „gute Mutter“ nicht erwerbstätig sein könne. Dabei handele es sich bei der Dominanz des Modells der „normalen“ Kleinfamilie mit einem Alleinverdiener, der Vollzeitmutter und Kindern, wie sie zwischen der Mitte der 1950er bis 1970er Jahre anzutreffen war, um ein Ausnahmephänomen. Was als Krise der Familie bezeichnet werde, sei in Wahrheit eine Rückkehr zur früheren Normalität der Vielfalt von Familienformen, betonte Prof. Schneider. So gab es Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland eine viel größere Pluralität von Familie als zwischen 1950 und 1970.

Daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern, prophezeite der Familiensoziologe. Er gehe davon aus, dass die bereits vorhandenen Prozesse in den nächsten 20 Jahren weiterentwickelten. Anzunehmen sei, dass es dann mehr Kinder in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen als heute geben werde und die Erwerbstätigkeit von Müttern, was die Arbeitszeit angehe, ansteigen werde. Wenig Hoffnung sehe er dagegen bei den Vätern: Es sei nicht davon auszugehen, dass sich der aktive Vater bis dahin durchgesetzt habe. Es werde zu einer weiteren Entkopplung von Ehe und Elternschaft kommen und damit auch die Zahl der nichtehelichen Kinder zunehmen. Dazu werde es auch in 20 Jahren vor allem in Westdeutschland das Leitbild der guten Mutter noch geben – auch eine Form von gesellschaftlicher Normalität.

Bernhard Gückel, BiB

Publikationen von und mit BiB-MitarbeiterInnen

Norbert F. Schneider:
„Die Rushhour des Lebens: Stress und Überforderung zwischen 25 und 45?“
In: SCHUFA Kredit-Kompass 2014. Empirische Untersuchung der privaten Kreditaufnahme in Deutschland. Konsum und Finanzen in der Rushhour des Lebens. Wiesbaden, April 2014: 52-58

In dem Beitrag setzt sich der Autor kritisch mit dem Konzept der „Rushhour des Lebens“ auseinander, das im Wesentlichen davon ausgeht, dass sich die individuellen Lebensläufe immer mehr ausdifferenzieren und es in einer Spanne zwischen 25 und 45 zu einer starken Verdichtung von Ereignissen und Entscheidungen (wie z.B. der Familiengründung und Berufswahl) im eigenen Leben kommt, die die Menschen überfordern können. Manche Soziologen sprechen gar von der „überforderten Generation“, die es zu entlasten und zu unterstützen gelte. Allerdings betrifft dies nicht die Lebenssituation einer ganzen Generation, sondern hauptsächlich die Akademiker, kritisiert Prof. Schneider. Die „Rushhour“ ist demnach kein generelles Phänomen, sondern sie betrifft nur einen kleineren Teil der jüngeren Generation. Seiner Ansicht nach ist der Ansatz nicht dazu geeignet, die Lebenslage einer ganzen Generation in einer bestimmten Lebensphase zu beschreiben. Allenfalls kann sie dazu beitragen, die Vereinbarkeitsproblematik von jungen Akademikerinnen und Akademikern, die in einer Partnerschaft mit zwei Hauptverdienern leben, besser zu verstehen.

Bernhard Gückel, BiB

Download des Bandes unter
https://www.schufa-kredit-kompass.de

Christine Henry-Huthmacher (Hrsg.):
Familienleitbilder in Deutschland. Ihre Wirkung auf Familiengründung und Familienentwicklung. Expertise von Norbert F. Schneider, Sabine Diabaté und Detlev Lück für die Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2014

Für Dreiviertel der Deutschen spielt Familie nach wie vor eine wichtige Rolle, auch wenn ihre Bedeutung über die Jahre abgenommen hat. Angesichts einer seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenrate stellt sich daher die Frage, welche Vorstellungen und Leitbilder junge Leute heute von Familie haben. Diese Publikation geht auf der Basis einer Studie des BiB der Frage nach, welche Idealvorstellungen von Familie existieren und ob es typische kulturelle Muster für ein Familienleben in Deutschland gibt. Ausgehend von der Frage, was Familienleitbilder eigentlich darstellen und wie sie sich verändern, widmet sich der Band den gegenwärtigen Familienleitbildern in Ost- und Westdeutschland im europäischen Vergleich und zeigt, dass es bei einigen Leitbildern, wie z.B. der „guten Mutter“, erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und auch in anderen Ländern gibt. Dazu wird dann die Frage gestellt, wie sich Familienleitbilder auf Familiengründung und -erweiterung auswirken. Was diese Erkenntnisse für die Familienpolitik in Deutschland bedeuten, und welche Empfehlungen sich aus den Defiziten für die künftige Familienpolitik ableiten, wird am Ende des Bandes diskutiert.

Bernhard Gückel, BiB

Download des Bandes unter
http://www.kas.de

Reihe „Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft“

In der Schriftenreihe des BiB ist erschienen:
Band 45: Christian Dudel:
Vorausberechnung von Verwandtschaft.
Wie sich die gemeinsame Lebenszeit von Kindern, Eltern und Großeltern zukünftig entwickelt. Opladen 2014

Die gestiegene Lebenserwartung und die dauerhaft niedrige Geburtenrate werden sich auf das Zusammenleben in Familie und Verwandtschaft auswirken. Dabei ist die Frage, in welchem Ausmaß der demografische Wandel hier zu Änderungen führt, bisher kaum beachtet worden, so dass Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung von Verwandtschaft und zu daraus resultierenden Konsequenzen auf Spekulationen angewiesen sind.

Hinzu kommt, dass der Einfluss keineswegs so eindeutig ist, wie es den Anschein hat. Christian Dudel hat daher in seinem Buch ein Modell zur Vorausberechnung von Verwandtschaft entwickelt, das es erlaubt, abzuschätzen, inwieweit sich verwandtschaftliche Unterstützungspotenziale in Zukunft ändern werden und ob beispielsweise von einer steigenden Nachfrage nach professioneller Pflege auszugehen ist.

Mehr zum Inhalt des Buches – auch im Artikel von Herrn Dudel ab Seite 2 dieser Ausgabe.

Bernhard Gückel, BiB

Vorträge

Prof. Dr. Norbert F. Schneider: Wandel der Familie

Mit dem Wandel der Familie von der sozialen Institution zur individuell gestalteten Lebensform beschäftigte sich Prof. Dr. Norbert F. Schneider bei dem Seminar „Die Sozialstruktur Deutschlands: Aktuelle Entwicklungen“ im TOP-Management-Programm des Bildungszentrums der Bayerischen Staatsregierung am 15. Mai 2014 in Gmund. Er betonte, dass er keine Krise der Lebensform Familie sehe, sondern vielmehr eine Ausweitung ihrer Erscheinungsformen. Zum Inhalt siehe dazu auch den Bericht zum Interview mit Prof. Schneider in der 3sat-Sendung „scobel“ auf S. 17 in dieser Ausgabe.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider:
Der demografische Wandel ist gestaltbar

Welche Folgen die Herausforderung des demografischen Wandels und seiner Folgen für die Politik und die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa darstellt, zeigte Prof. Schneider beim Symposium „Demografischer Wandel“ der Akademie der Wissenschaften und der Literatur der Universität Mainz am 04. April 2014 in Mainz sowie im Rahmen des Oberseminars „ISS Research Seminar“ des Instituts für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität Köln am 21. Mai 2014. Der demografische Wandel ist keine Bedrohung, sondern gestaltbar, lautete sein Fazit. Dabei sei die Entwicklung der Bevölkerung nicht kurzfristig steuerbar, zumal politische Einzelmaßnahmen in der Regel keine messbare Wirkung zeigten. Letztlich werde die Zukunft einer Gesellschaft weniger durch die Größe als vielmehr durch die Zusammensetzung der Bevölkerung und deren Verhalten moderiert, betonte Schneider.

Dr. Martin Bujard:
Zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Das Spannungsfeld Familie und Arbeit im europäischen Kontext

Eine europäische Bestandsaufnahme zum Thema der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit stand im Mittelpunkt der Konferenz „Spannungsfeld Familie und Arbeit im europäischen Kontext“ der Humboldt-Viadrina School of Governance in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. und 21. Mai 2014 in Berlin, an der auch Dr. Martin Bujard aus dem BiB teilnahm. Er diskutierte vor gut 70 Teilnehmern mit der ehemaligen Spitzenkandidatin für das Bundespräsidentenamt und heutigen Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, Prof. Dr. Gesine Schwan, Ziele und zukünftige Visionen von Familienpolitik in Deutschland und Europa.

Eröffnet wurde die Tagung durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. Sie betonte in ihrer Auftaktrede, wie sehr die

einzelnen Staaten in Europa gerade in der Familienpolitik voneinander lernen können. Es gebe Trends, die sich in fast allen europäischen Ländern beobachten ließen und dazu zähle bei allen unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen Unzufriedenheit über einen Mangel an Zeit für die Familie. Es gebe hier eine Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit, die überwunden werden müsse. Nicht die Familien müssten flexibler werden, sondern unsere Arbeitswelt und zwar sowohl in Deutschland als auch in Europa, betonte Frau Schwesig. Es müsse die Frage gestellt werden, wer sich nach wem richte – die Familie nach der Arbeitswelt oder umgekehrt. Neben familienpolitischen Maßnahmen sei vor allem auch der Handlungsbedarf in Bezug auf partnerschaftliche Arbeitsteilung nötig, da sich in Deutschland jede dritte Mutter eine stärkere Beteiligung der Väter an der Familienarbeit wünsche. Dabei bleibe der Wunsch nach einer partnerschaftlicheren Aufteilung der Familienarbeit häufig noch unerfüllt. Prof. Schwan, die die Veranstaltung mit viel Humor leitete, begrüßte die Pläne der Familienministerin zum Elterngeld Plus und auch die Debatte zur Familienarbeitszeit. Sie erinnerte an die Trialogveranstaltungen zur Familienpolitik, bei denen Partnerschaftlichkeit als kulturelles Leitmotiv betont wurde.

Dass der Spagat zwischen Wunsch und Wirklichkeit höchst unterschiedlich gelingen kann, zeigte die anschließende Diskussion, in der Wissenschaftler und Politiker aus acht Ländern die Situation des jeweiligen Landes vorstellten. Sie stellte dann auch die Frage, was man aus dem internationalen Vergleich zur Familienpolitik lernen könne. So gebe es vor allem in Osteuropa einen Diskurs zur Erhöhung der Geburtenrate, während vor allem in den nördlichen Ländern Westeuropas eher die Gleichstellung von Mann und Frau im Fokus stehe und weniger eine höhere Geburtenrate. Die habe sich dann mit dem Ausbau der Gleichstellungsmaßnahmen von selbst ergeben. In der abschließenden Diskussion mit Dr. Bujard betonte Prof. Schwan, ein Ziel von Familienpolitik müsse Partnerschaftlichkeit sein, da sie ein gesellschaftliches Interesse im Hinblick auf Gleichstellung darstelle. Die partnerschaftliche Familie sei ein öffentliches Gut, von dem letztlich alle profitierten, auch die Demokratie. Auch für Dr. Bujard kann Familienpolitik mehreren öffentlichen Zielen dienen, u.a. der Steigerung der Müttererwerbstätigkeit und der Geburtenrate. Er wies aber darauf hin, dass die Familienpolitik nicht einer zu starken Ökonomisierung unterliegen dürfe. Bezüglich des Wandels zu mehr Partnerschaftlichkeit verwies Dr. Bujard darauf, dass dieser bei der jüngeren Generation und in speziellen Milieus (vor allem bei den Akademikern) bereits zu finden sei. Dies gelte es bei der weiteren Erforschung der Partnerschaftlichkeit im Spannungsfeld von Politikmaßnahmen, Leitbildern und Zeitverwendung zu beachten, betonte er.

Das Spannungsfeld Familie und Arbeit im Blick: Dr. Martin Bujard (links) und Prof. Dr. Gesine Schwan diskutierten, wie vor dem Hintergrund der Entwicklung in den acht vorgestellten Staaten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden könnte. Dabei waren sich beide einig, dass die Wissenschaft eine langfristige Vision der Familienpolitik und des partnerschaftlichen Familienlebens entwickeln sollte. (Bild: Friedrich-Ebert-Stiftung).

Da in der Politik häufig eher kleinteilig diskutiert werde, müssten langfristige Visionen eines künftigen Zusammenlebens von Paaren und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weitgehend wissenschaftlich entwickelt werden, forderte Prof. Schwan. Aus einer politisch-philosophischen Perspektive war sie sich mit Dr. Bujard besonders bei den öffentlichen Zielen der Familienpolitik einig, deren Debatte in Politik und Gesellschaft am Ende zu einer Stärkung der Familienpolitik führen.

Dr. Martin Bujard: Der Reformprozess des Elterngeldes und Lehren für den „ReformKompass“

Wie lassen sich politische Reformen planen und mit welchen Strategien werden sie am effektivsten umgesetzt? Zur Bewältigung dieses Problems wurde von der Bertelsmann-Stiftung ein Strategieinstrument für politische Reformprozesse, der sogenannte „ReformKompass“, entwickelt. Es soll dazu beitragen, ein Scheitern von Reformen zu vermeiden und Handlungsspielräume ausloten, die der Umsetzung dienlich sind. Kern des Kon-

zepts ist die Analyse, Beratung und strategische Planung von Reformprozessen mithilfe der Abbildung der einzelnen Zyklen von Reformen in einem „Politikzyklusmodell“, in dem grundlegende Handlungsfelder bestimmt und vereinfacht dargestellt werden: Vom „Agenda Setting“ über die „Politikformulierung und Entscheidung“ bis hin zur „Politikumsetzung“ und der „Erfolgskontrolle“. Dabei geht es in allen Phasen um die gleichen strategischen Dimensionen wie Kompetenz, Kommunikation und die Kraft der Durchsetzung von Reformen, die für den Erfolg entscheidend sind.

Wie das Instrument konkret eingesetzt werden kann, führte Dr. Martin Bujard im Rahmen der Blocklehrveranstaltung „Managing Strategic Change“ an der Hertie School of Governance am 28. März 2014 in Berlin am Beispiel des 2007 eingeführten Elterngeldes vor. So zeigte er zunächst die Ziele des Elterngeldes auf, bevor er dann den Weg durch die einzelnen Zyklen vom „Agenda Setting“ im politischen Diskurs und den Medien bis hin zur Politikformulierung, der Entscheidungsfindung im politischen Prozess und schließlich der Implementierung verfolgte. Dann untersuchte er vor allem die Gründe für die erfolgreiche Umsetzung des Elterngeldes im Hinblick auf Akteure und Strategien und stellte die Frage, welche Lehren anhand dieses Beispiels bei der Umsetzung anderer politischer Reformen gezogen werden könnten.

Dr. Martin Bujard: Impulse für die zukünftige Familienpolitik

Welche Lehren lassen sich aus den Wirkungsanalysen zur Familienpolitik ziehen? Welche Impulse sollte eine künftige Familienpolitik verfolgen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Vortrags von Dr. Martin Bujard bei der Fachtagung zum Thema „Weiterentwicklung der Familienpolitik nach der Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen“ der Organisationen „Diakonie Deutschland“ sowie der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Familie (eaf)“ am 16. Mai 2014 in Berlin. Er zeichnete zunächst die historische Entwicklung der familienpolitischen Ziele nach und zeigte, wie sich die Schwerpunkte im Laufe der Zeit bis hin zum aktuellen Paradigmenwechsel veränderten – weg von bisherigen familienrestaurativen Zielen und hin zu Themen wie Gleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Gründe für geänderte Ziele lagen zum einen in gesellschaftlichen Veränderungen wie etwa dem Wandel vom Ein- zum Zweiverdienermodell und zum anderen an der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass kein Zielkonflikt mehr zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate existierte, betonte Dr. Bujard. Nun stünden auch demografische und arbeitsmarktpolitische Ziele explizit auf der familienpolitischen Agenda. Gegenwärtig lasse sich in der Familienpolitik jedoch kein einheitlicher Zielkanon ausmachen. Es gebe unterschiedliche Adressaten – wie Kinder, Eltern, Wirtschaft sowie Gesellschaft – und verschiedene Prioritäten. Zudem unterscheide sich das Abstraktionsniveau zwischen allgemeinen Zielen, zentralen Prinzipien und konkreten, messbaren Zielen. Dr. Bujard stellte eine umfassende Systematik zu familienpolitischen Zielen vor, die den öffentlichen Diskurs über Ziele transparent macht und als Grundlage zukünftiger Evaluationen dienen könnte.

Die in der Öffentlichkeit diskutierte Summe von 200 Milliarden Euro für die Familienpolitik bezeichnete Dr. Bujard als „Mythos“, da zu diesem Topf auch der Posten Witwenrenten mit 40 Milliarden Euro gezählt werde. Hier stelle sich die Frage, was Witwenrenten mit familienpolitischen Zielen wie der Geburtenrate zu tun haben. Rechne man die Familienleistungen ohne ehebezogene Leistungen und ohne Sozialversicherung zusammen, so komme man auf die Summe von 86,3 Milliarden Euro.

Zu den bereits definierten Handlungsfeldern Zeit, Geld und Infrastruktur müssten künftig die Handlungsebenen Kommunikation und Gleichstellung treten, forderte Dr. Bujard und verwies auf ein unter der Leitung von Prof. Norbert F. Schneider im Rahmen der Demografiestrategie erarbeitetes Impulspapier zur Familienpolitik. Insbesondere die Kommunikation als strategische Dimension von Familienpolitik wurde bisher vielfach unterschätzt. Darunter falle etwa die Information über konkrete familienpolitische Angebote, einzelne Maßnahmen, eine Erzählung der familienpolitischen Vision und eine klarere Rhetorik gegenüber Familienleitbildern. Zudem sollten sich Kindertageseinrichtungen und Schulen zu Dienstleistungszentren für Familien mit einer Bündelung von Angeboten der Gesundheitsförderung, Familienberatung und Informationen entwickeln. Eine künftige Familienpolitik sollte auch das Kindergeld deutlich erhöhen – allerdings nur für Mehrkindfamilien. Als größte Baustelle sehe er die Regeln und die Kultur der Arbeitswelt, die mit der Lebenswelt der Familien in Einklang gebracht werden müssten. Zudem dürfe Familienpolitik auch nicht nur un-

ter rein ökonomischen Gesichtspunkten gesehen werden, forderte Dr. Bujard.

Jasmin Passet-Wittig (BiB) und Ulrike Zier (Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin (ASU), Uni Mainz): Entscheidungswege von Paaren mit Kinderwunsch

Wann entscheiden sich Paare mit unerfülltem Kinderwunsch für den Weg in die Kinderwunschbehandlung und in welcher Situation befinden sie sich? Welche Belastungen erleben sie während der Behandlung und wie bewältigen sie diese? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Studie „Paare in Kinderwunschbehandlung (PinK)“ des BiB, die gemeinsam mit der Evangelischen Hochschule Darmstadt sowie dem Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin (ASU) der Universität Mainz durchgeführt wird. Bei der Fachtagung „Beratung bei Kinderwunsch – eine interdisziplinäre Herausforderung“ des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg am 14. Mai 2014 in Bamberg stellten Jasmin Passet-Wittig und Ulrike Zier erste Ergebnisse der Studie vor.

Bisherige Auswertungen der befragten Männer und Frauen zeigten, dass Paare, die sich in Kinderwunschbehandlung befinden, eher älter sind und lange Beziehungen führen, bevor Kinder überhaupt ein Thema werden, betonten die beiden Wissenschaftlerinnen. Dazu dominierte das Lebensziel Familiengründung sowohl bei den befragten kinderlosen Frauen als auch bei den kinderlosen Männern. Aus den Aussagen ergebe sich zudem ein insgesamt sehr starker Kinderwunsch, der allerdings auf Paarebene unterschiedliche Ausprägungen zeige. Die Sorge um ausbleibenden Nachwuchs setze bereits bei der Hälfte der Frauen und Männer mit Kinderwunsch im ersten Jahr ein, und bei etwa jedem Dritten bis Vierten nach mehr als 2 Jahren. Die Entscheidung, ein Kinderwunschzentrum aufzusuchen, falle etwa bei der Hälfte der Befragten nach maximal 24 Monaten. Dieser relativ große Zeitraum deute darauf hin, dass hier eventuell mehr Aufklärung angeboten werden müsse, resümierte Frau Passet-Wittig.

Dr. Heiko Rüger: Rauchverhalten bei Überschuldung

Knapp jeder zehnte Erwachsene in Deutschland ist Schätzungen zufolge von Überschuldung betroffen. Eine Studie des Instituts für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Universitätsmedizin Mainz legte bereits vor einigen Jahren den Schluss nahe, dass es einen Zusammenhang zwischen Ausgabenarmut und schlechtem Gesundheitszustand gibt. Dabei spielt auch das Rauchverhalten bei überschuldeten Personen eine Rolle, wie Dr. Heiko Rüger bei den 19. Tübinger Suchttherapietagen des Universitätsklinikums Tübingen am 04. April 2014 betonte. Er untersuchte auf der Basis der genannten Befragungsstudie von 949 überschuldeten Privatpersonen aus Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern die Verbreitung von Tabakkonsum im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung und ob es hier einen eigenständigen Zusammenhang zwischen Überschuldung und Rauchverhalten gibt. Hinzu kommt die Frage, ob es nach einer Überschuldungssituation Veränderungen im Rauchverhalten gibt und wie sich diese erklären lassen.

Die Auswertungen zeigten, dass es einen Zusammenhang zwischen Überschuldung und Tabakkonsum in Deutschland gebe, betonte der Soziologe. Die Ursachen hierfür lägen in hohem Stress in Verbindung mit geringen Bewältigungsressourcen in der Überschuldungssituation. Dabei verschärfe das Rauchen als Kostenfaktor die prekäre finanzielle Notlage zusätzlich. Überschuldete müssten demzufolge als Hochrisikogruppe für Tabakkonsum betrachtet werden. Dies müsse in Forschung und Praxis stärker berücksichtigt werden, wenn es darum gehe, Hilfsangebote durch den Gesundheitsservice oder die Schuldnerberatung stärker zu vernetzen, forderte Dr. Rüger.

Frank Swiaczny bei 47. UNCPD -Konferenz in New York

Wie hat sich die Lage der Weltbevölkerung 20 Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo verändert? Diese Frage stand im Mittelpunkt der 47. Konferenz der UN-Commission on Population and Development, die vom 07. bis 11. April 2014 in New York tagte. Frank Swiaczny hat als Mitglied der deutschen Delegation in Vertretung des Bundesministeriums des Innern an der Konferenz teilgenommen. Auf Einladung der UN Bevölkerungsabteilung diskutierte er auch bei einem Technical Expert Meeting am 09. April 2014 in New York mit über 30 internationalen Experten Themen zur Bevölkerungsentwicklung.

Bernhard Gückel, BiB

Lehrtätigkeiten

Innerhalb des Moduls „Prevention in Medicine and Public Health“ hat **Dr. Heiko Rüger** im März 2014 die Lehrveranstaltung „Social Medicine – Aspects from Debt and Poverty“ im Studiengang Master of Science in Epidemiology am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik an der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz gehalten. Vermittelt wurden Grundzüge des Fachs Sozialmedizin, wobei insbesondere die gesundheitliche Teilhabe der von Überschuldung betroffenen Bevölkerung thematisiert wurde.

Comparative Population Studies – News

Neue Beiträge bei CPoS Mai/Juni 2014

Nikola Sander:
Internal Migration in Germany, 1995-2010: New Insights into East-West-Migration and Re-urbanisation

Der Artikel untersucht die Entwicklung der Binnenwanderung in Deutschland im Zeitraum zwischen 1995 und 2010 und bietet auf der Basis von Daten der „German Internal Migration Database“ ein umfassendes Bild der räumlichen Verteilung der Migration in Deutschland und wie sie sich in dieser Periode verändert hat. Die Ergebnisse zeigen, dass die Intensität der Wanderung zwischen den Regionen in Ostdeutschland höher liegt als in Westdeutschland mit dem Ergebnis, dass es im Zuge von Suburbanisierungstendenzen in der letzten Dekade zu einer wachsenden Bevölkerungskonzentration in Berlin, Leipzig und Dresden gekommen ist. Dieser Trend wurde angetrieben von jungen Menschen auf der Suche nach Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätzen sowie einem Stopp des Langzeittrends der Abwanderung von Familien in die außerstädtische Peripherie.

Bernhard Gückel, BiB

Download des Beitrags unter

http://www.comparativepopulationstudies.de

Veranstaltungen

„Der Demografiekongress 2014“ am 4. und 5. September 2014 in Berlin

Der demografische Wandel erfordert branchenübergreifende Projekte und Geschäftsmodelle. Der Kongress bringt daher die maßgeblichen Entscheider zusammen, um die demografischen Veränderungsprozesse in Deutschland zu gestalten. Vernetzung und Kooperation sind hierbei zwingend. Der Kongress ist hierbei als eine Werkstatt zu verstehen, die diese Vernetzung in besonderer Weise leistet. Zum fünften DEMOGRAFIEKONGRESS am 04. und 05.September 2014 erwarten die Veranstalter mehr als 800 Entscheider.

Zentrale Themen des Kongresses sind unter anderem:

- Wohnen & Dienstleistungen
- Pflege & Reha
- Altersmedizin
- Kommunale Umsetzung
- Prävention und Arbeitswelt

Infos und Anmeldung unter

http://www.der-demografiekongress.de/der-demografiekongress-2014/

Tagung „Nach Deutschland der Liebe wegen“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) am 18. September 2014 in Nürnberg

Nachreisende Ehegatten stellen unter den Neuzuwanderern in Deutschland eine bedeutende Gruppe dar. Seit Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes 2005 bis Ende des Jahres 2013 sind über 300.000 Männer und Frauen im Rahmen des Ehegattennachzuges aus Drittstaaten nach Deutschland eingereist. Die Gruppe ist aus gesellschaftspolitischer Perspektive von hoher Bedeutung, da davon auszugehen ist, dass die Mehrheit dauerhaft in Deutschland bleiben wird. Allerdings wird „Heiratsmigration“ oft in einem negativen Kontext erörtert. So wird der Nachzug von Ehepartnern aus dem Ausland nicht selten in Zusammenhang mit einer verlangsamten oder gar einer fehlgeschlagenen Integration diskutiert. Dahinter steht u.a. die Annahme, dass die Integration von Ehepartnern aus dem Ausland durch den Zuzug in bereits bestehende Familienkonstellationen gehemmt wird. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist sowohl das Entscheidungsverhalten, einem Partner/einer Partnerin nach Deutschland zu folgen als auch die ersten Jahre in Deutschland bezüglich der Eingliederungsprozesse und der vielfältigen damit verbundenen Aspekte der Integration von Interesse.

Die Veranstaltung beschäftigt sich mit Erkenntnissen und Erklärungsansätzen zur Partnerschaftsmigration und zum Ehegattennachzug von Migrantinnen und Migranten nach Deutschland. Im Rahmen der Konferenz sollen Forschungsarbeiten über nachgereiste Ehepartner oder Zuwanderer, die kurz nach ihrer Einreise in Deutschland eine Familie gegründet haben, diskutiert werden. Zudem sollen Fragestellungen zu folgenden Themen beleuchtet werden:

- soziostrukturelle und demografische Aspekte;
- partnerschaftsbiografische/familiäre Ansätze;
- kulturelle Integration;
- strukturelle Integration;
- identifikative Integration;
- emotionale Aspekte.

Weitere Infos unter

http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2014/20140122-call-for-papers-heiratsmigration.html;jsessionid=DFCCE59637503CCE0508327D5FAC2BF1.1_cid359

Buch im Blickpunkt

Ursula Adam, Tanja Mühling, Mandy Förster, Désirée Jakob: Enkelkinderbetreuung. Facetten einer wichtigen intergenerationalen Leistung

Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die Organisation der Kinderbetreuung ein entscheidender Faktor – insbesondere in der „Rush Hour" des Lebens, wie Soziologen die Lebensphase nennen, in der die Gründung der Familie einhergeht mit zeitgleich auftretenden beruflichen Herausforderungen. Dabei ist vor allem das Engagement der Großeltern dann erforderlich, wenn es darum geht, Defizite und Einschränkungen der formellen Kinderbetreuung abzufangen. Studien zeigen zudem, dass immer mehr Kinder unter drei Jahren regelmässig von den Großeltern oder anderen Verwandten betreut werden. Vor diesem Hintergrund untersucht der Band sowohl die vielfältigen Dimensionen der großelterlichen Beteiligung an der Kinderbetreuung als auch in vergleichender Perspektive die Verbreitung und Intensität von Enkelkinderbetreuung in unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimen.

Das Buch:
Ursula Adam, Tanja Mühling, Mancy Förster, Désirée Jakob:
Enkelkinderbetreuung.
Facetten einer wichtigen intergenerationalen Leistung
Verlag Barbara Budrich, Opladen 2014
ISBN 978-3-8474-0179-7

Familiale Beziehungen und der demografische Wandel

So steht nach der Darstellung der Fragestellung und Vorgehensweise in Kapitel 2 zunächst die Forschungslage zum Thema Enkelkinderbetreuung im Fokus, die noch vergleichsweise jung ist. Die vorliegenden empirischen Studien analysieren Großelternschaft meist aus der Perspektive der Großeltern- und Elterngeneration, während die Sicht der Enkelkinder nur selten Gegenstand der Forschung ist. Festzuhalten bleibt, dass sich im Zuge der Folgen des demografischen Wandels auch die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Großeltern, Eltern und Enkeln verändert haben, da sie heute aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung deutlich mehr Zeit miteinander verbringen als früher. Hinzu kommen numerische Verschiebungen zwischen den Generationen aufgrund der niedrigen Geburtenrate, wodurch sich letztlich die verwandt schaftlichen Netzwerke im Vergleich zu früheren Zeiten verändern.

Neben der Definition der Typen von Großelternschaft richtet sich der Blick in diesem Kapitel auch auf die familialen Bedingungen für Kinderbetreuung durch die Großeltern. Dazu zählen institutionelle, strukturelle und kulturelle Faktoren.

Einflussfaktoren auf intergenerationale Unterstützungsleistungen

In Kapitel 3 wird der Frage nachgegangen, von welchen Einflussfaktoren das großelterliche Engagement bei der Kinderbetreuung auf der familienpolitischen und der gesellschaftlichen Ebene abhängt. An erster Stelle wird hier vor allem die Struktur und der Ausbau des Wohlfahrtsstaates betrachtet. Hat die zunehmende Übertragung von innerfamiliären Funktionen auf den Wohlfahrtsstaat einen negativen Einfluss auf die Qualität familialer Beziehungen ausgeübt? Vertreter dieser sogenannten „Crowding out"-These stehen die Anhänger des alternativen „Crowding in"-Konzepts gegenüber, die betonen, dass das Eingreifen des Staates innerfamiliale Transfers **nicht** verdrängt, sondern im Gegenteil zur Förderung der wechselseitigen Unterstützung zwischen den Generationen beiträgt. Bezogen auf die Fragestellung des Bandes stellt sich hier also das Problem, ob die großelterliche Hilfebetreuung durch staatlich ausgebaute Angebote verdrängt wird oder ob nicht vielmehr eine gut ausgebaute staatliche Betreuungsinfrastruktur eine gute Voraussetzung für intergenerationale Unterstützungsleistungen darstellt. Aus empirischer Sicht verfügen beide Positionen über ein gewisses Maß an Plausibilität.

Auf jeden Fall beeinflusst die Verbreitung institutioneller Betreuungsangebote nicht nur das generative Verhal-

ten der Menschen sowie die Erwerbsbeteiligung von Müttern, sondern auch die intergenerationalen Beziehungen. So spielt besonders in Ländern mit eingeschränkter außerfamilialer Kinderbetreuung die Hilfe von Großeltern und Verwandten eine entscheidende Rolle.

Im europäischen Vergleich zeigt sich darüber hinaus eine starke Variationsbreite bei der Inanspruchnahme informeller Betreuung zwischen den Ländern. Beispielsweise lassen sich in den skandinavischen Ländern die geringsten Betreuungsraten innerhalb der Familie aufgrund einer gut ausgebauten öffentlichen Kinderbetreuungsstruktur finden, während Kinder bis 3 Jahren in den Niederlanden und in Griechenland am häufigsten informell betreut werden.

Beziehungsqualität zwischen Generationen ist wichtig für die Unterstützung

Wie steht es um die Beziehungsqualität zwischen der Eltern- und der Großelterngeneration in Relation zur Häufigkeit der Enkelkinderbetreuung? Dieser Frage widmet sich auf der Basis von Daten der zweiten Welle des Beziehungs- und Familienpanels „pairfam“ Kapitel 4. Es zeigt sich, dass ein starker Zusammenhang zwischen der intergenerationalen Unterstützung bei der Kinderbetreuung und der Beziehungsqualität zwischen Eltern und Großeltern besteht. Deutlich wird zudem, dass die Kinderbetreuung durch die Großeltern von vielen Faktoren abhängt – wie zum Beispiel dem Alter und der Anzahl der Kinder, der Erwerbstätigkeit der Eltern, der räumlichen Distanz zu den Großeltern sowie deren Gesundheitszustand.

In Kapitel 5 werden daran anknüpfend auf der Basis der Ergebnisse einer qualitativen Primärerhebung, die Aspekte wie unter anderem die Motive der Eltern für die großelterliche Kinderbetreuung, die Ent- und Belastungen der Eltern und den Umgang mit Konflikten thematisiert sowie in Interviews nach den Motiven für die Enkelkinderbetreuung gefragt.

Neben emotionalen spielen dabei auch organisatorische und funktionale Motive für Eltern eine Rolle, die Großeltern bei der Kinderbetreuung miteinzubinden. Dazu zählt die Entlastung der Eltern vor allem im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das am häufigsten genannte Motiv der Erhebung für eine Betreuung durch die Großeltern ist allerdings die Liebe der Opas und Omas zum Enkelkind.

Großeltern als „Elternersatz“

Mit dem Fall, dass die Großeltern die vollständige Erziehungsverantwortung zeitlich befristet oder länger übernehmen und als „Elternersatz“ fungieren, befasst sich der Exkurs in Kapitel 6. Der vergleichende Blick auf die Situation solcher Großeltern-Enkel-Haushalte in Deutschland, den USA, Großbritannien und Nordirland, Australien, Spanien, Italien und Schweden offenbart starke internationale Unterschiede hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen des Zusammenlebens, den kulturellen Traditionen und letztlich der faktischen Zahl. Weitgehend ähnlich hingegen sind die Bedingungen, unter welchen die Enkel und Großeltern leben vor allem hinsichtlich der sozialen Selektivität sowie der auslösenden Ursachen für eine Großelternpflegschaft, wie etwa dem Verlust der Eltern. Großeltern als vollständiger „Elternersatz“ sind demnach länder- und kulturübergreifend immer dann gefragt, wenn keine weiteren Möglichkeiten der Betreuung zur Verfügung stehen.

Enkelkinderbetreuung im internationalen Vergleich

Im Zwischenfazit des Kapitels 7 stellen die Autorinnen fest, dass die Enkelkinderbetreuung nicht nur eine intergenerationale Leistung darstellt, die den Eltern zugutekommt, sondern sie ist zugleich für die Beteiligten von hohem emotionalen Wert – sowohl für die Opas und Omas als auch für die Enkel. Zudem profitieren berufstätige bzw. studierende Eltern von dieser Form der Kinderbetreuung in besonderem Maße.

Wie ist die Situation mit Blick auf den internationalen Vergleich? Welche Dimensionen und Motive der Enkelkinderbetreuung existieren in anderen Ländern? Diese Fragen prägen den Teil B, wobei in Kapitel 8 zunächst ein Überblick zu den verwendeten quantitativen Daten aus 26 Ländern gegeben wird. Die Datengrundlage basiert auf vier Datensätzen: Dem European Social Survey (ESS), dem Generations and Gender Survey (GGS), dem „Survey of Health Ageing and Retirement in Europe (SHARE)“ sowie dem „Eurobarometer“.

Im Mittelpunkt von Kapitel 9 stehen die Ergebnisse des ESS aus dem Jahre 2004 im Mittelpunkt. Hier wird deutlich, dass in den meisten der 26 untersuchten europäischen Länder die Betreuung der Enkelkinder durch die Großeltern eine erhebliche Rolle spielt. Die vorherrschende Form der Kinderbetreuung bei Kindern unter 13 Jahren in Europa ist die familiäre Betreuung, wie aus dem

Survey hervorgeht. Ein wichtiger Zusammenhang bei der Nutzung der Großeltern als Betreuer spielt hier der Ausbau des staatlichen Betreuungsangebots: Die Autorinnen zeigen, dass die Großeltern vorwiegend dann herangezogen werden, wenn das staatliche Dienstleistungsangebot fehlt oder nur rudimentär existiert.

Im Falle des Eurobarometer, der keine detaillierten Ländervergleiche erlaubt und auf 15 Länder beschränkt ist, wird diese These in Kapitel 10 bestätigt, da insbesondere in den Ländern, in denen es nur eine schwach ausgebaute Kinderbetreuung gibt, die Eltern häufig auf die Hilfe der Großeltern angewiesen sind. Hingegen werden in den Ländern, in denen Kinderkrippen und Ganztagesschulen angeboten werden, die Großeltern seltener zur Kinderbetreuung herangezogen.

Der GGS-Survey erweitert den Blick in Kapitel 11 noch um eine Analyse der Kinderbetreuung der in Deutschland lebenden türkischen Bevölkerung und ermöglicht so eine Untersuchung der Unterschiede bei der Kinderbetreuung zwischen Deutschen und Türken in Deutschland. Dabei zeigt eine Gegenüberstellung der deutschen mit der türkischen Stichprobe der Befragten, dass sich die kulturellen Prägungen und die Migration auf die intergenerationale Unterstützung auswirken. So nützen z.B. türkischstämmige Eltern seltener institutionelle und bezahlte Betreuungsangebote als Familien ohne türkischen Migrationshintergrund. Dazu investieren türkischstämmige Großeltern, die in Deutschland leben, mehr Zeit in die Betreuung ihrer Enkel als die Opas und Omas aus Deutschland.

In der Panelstudie SHARE steht in Kapitel 12 die Perspektive der Großeltern hinsichtlich der Enkelkinderbetreuung aus 16 europäischen Ländern im Mittelpunkt. Die Daten erlauben differenzierte Analysen zum Auftreten und zur Intensität der Enkelkinderbetreuung und ermöglichen eine gleichzeitige Betrachtung der betreuenden Großeltern sowie der Eltern in einem Mehrebenenmodell.

Insgesamt zeigt sich, dass – je nach Fragestellung der Studien – unterschiedliche Niveaus an Betreuungsquoten existieren. Damit spielt die methodische Vorgehensweise der einzelnen Surveys und der Wortlaut der Fragestellung eine entscheidende Rolle bei der Interpretation der Daten.

Fazit: Intensität der Betreuung variiert im internationalen Vergleich

Alles in allem variiert die Intensität der Enkelkinderbetreuung international stärker als das Auftreten. Sie ist umso stärker, je weniger institutionelle Kinderbetreuung in einem Land zur Verfügung steht, wie die Autorinnen in ihrer Schlußbetrachtung betonen. So nutzen beispielsweise in Deutschland 40 % der Eltern an mindestens einem Tag in der Woche die Hilfe der Großeltern intensiv; in Ländern mit einem ausgebauten Betreuungssystem wie in Skandinavien werden zwar auch viele Kinder von Opa und Oma betreut, hier allerdings weniger intensiv.

Am Ende bleiben noch einige Fragen wie zum Beispiel die nach der Wechselseitigkeit der innerfamilialen Austauschbeziehungen sowie dem Verhältnis zwischen den finanziellen Transfers und persönlichen Hilfen zwischen den Generationen offen – ein Beleg dafür, dass die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema auch künftig in der Familienforschung von großer Relevanz ist.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur in Kürze

Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.):
Familiensoziologe. Ein Lehr- und Studienbuch.
De Gruyter Oldenburg 2014

Das Lehr- und Studienbuch behandelt die vielfältigsten familiensoziologischen Themen: Familialer Wandel, Familie und Kinderbetreuungsinstitutionen, die Wechselwirkungen zwischen Familie und Schule sowie Arbeitswelt und der Entwicklung der digitalen Medien, das Problem der Ehescheidungen, die Transferleistungen innerhalb der Mehrgenerationenfamilie, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung von Verwandtschaft und Vererbungspraktiken, die Auswirkungen von Armut und Gewalt, aber auch von familienpolitischen Maßnahmen sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Darüber hinaus wird die Zukunftsperspektive von Familie thematisiert.

Norbert F. Schneider und Silvia Ruppenthal aus dem BiB beschäftigen sich in einem Beitrag mit der Lage von Familien in Zeiten veränderter beruflicher Mobilitätsanforderungen und stellen die Frage, vor welche Aufgaben Familie in diesem Zusammenhang gestellt wird und was diese Entwicklung für die Herstellung und Aufrechterhaltung von Familie bedeutet. Sie stellen fest, dass durch Mobilität verschärfte Problemlagen für die Familie entstehen können, die Partnerschaft, Familienentwicklung und Reproduktionsverhalten gefährden können. Zudem gibt es für die familiale Sozialisation und die soziale Platzierung erste Hinweise auf das Aufbrechen sozialer Ungleichheiten durch Mobilität. Bei der Forderung nach mehr Mobilität und Flexibilität ist daher zu prüfen, welche anderen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen davon berührt werden.

Verlagstext und Bernhard Gückel, BiB

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.):
Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin 2014
Download unter:
www.berlin-institut.org

Die Studie untersucht die Fortschritte und Stolpersteine in Deutschland auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Sie basiert auf aktuellen Daten und zeigt neben der Darstellung der wichtigsten Migrantengruppen in einem Vergleich der Bundesländer auch regionale Unterschiede bei der Integrationssituation. Es zeigt sich, dass sich der Durchschnitt der Personen mit Migrationshintergrund in einigen Punkten (v.a. beim Bildungsstand) immer mehr der deutschen Gesellschaft anpasst.

Bernhard Gückel, BiB

Impressum

Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 3/2014 – 35. Jahrgang
Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider
Redaktion: Bernhard Gückel
Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden
Telefon: (0611) 75 22 35
E-Mail: post@bib.bund.de
Internet: www.bib-demografie.de
ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0320148
„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de).
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 3/2014 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.